

EuGH (Vierte Kammer), Urteil vom 02.09.2021 – C-647/19 P**Titel:**

Rechtsmittel, Staatliche Beihilfen, Beihilfen zugunsten des Nürburgring-Komplexes (Deutschland), Beschluss, mit dem die Beihilfen für teilweise mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt werden, Veräußerung der Vermögenswerte der Empfänger der mit dem Binnenmarkt für unvereinbar erklärten staatlichen Beihilfen, Offenes, transparentes, diskriminierungs- und bedingungsfreies Bietverfahren, Beschluss, mit dem festgestellt wird, dass die Rückzahlung der mit dem Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfen, nicht den neuen Eigentümer des Nürburgring-Komplexes betreffe und dass diesem keine neue Beihilfe für den Erwerb dieses Komplexes gewährt worden sei, Zulässigkeit, Beteiligteigenschaft, Individuell betroffene Person, Verletzung der Verfahrensrechte der Beteiligten, Schwierigkeiten, die die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens erfordern, Begründung, Verfälschung von Beweisen, Pourvoi, Aides d'État, Aides en faveur du complexe du Nürburgring (Allemagne), Décision déclarant les aides pour partie incompatibles avec le marché intérieur, Vente des actifs des bénéficiaires des aides d'État déclarées incompatibles, Procédure d'appel d'offres ouverte, transparente, non discriminatoire et inconditionnelle, Décision déclarant que le remboursement des aides incompatibles ne concerne pas le nouveau propriétaire du complexe du Nürburgring et que celui-ci n'a pas bénéficié d'une nouvelle aide pour l'acquisition de ce complexe, Recevabilité, Qualité de partie intéressée, Personne individuellement concernée, Violation des droits procéduraux des parties intéressées, Difficultés exigeant l'ouverture d'une procédure formelle d'examen Motivation Dénaturation des preuves

Redaktionelle Leitsätze:

1. Das Urteil des Gerichts der Europäischen Union v. 19.6.2019, Ja zum Nürburgring/Kommission (T-373/15, ECLI:EU:T:2019:432), wird aufgehoben, soweit das Gericht der Europäischen Union darin den Antrag auf Nichtigkeitsklärung von Art. 1 letzter Gedankenstrich des Beschlusses (EU) 2016/151 der Kommission v. 1.10.2014 über die staatliche Beihilfe Deutschlands SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) zugunsten des Nürburgrings zurückgewiesen hat.
2. Im Übrigen wird das Rechtsmittel zurückgewiesen.
3. Art. 1 letzter Gedankenstrich des Beschlusses (EU) 2016/151 der Kommission v. 1.10.2014 über die staatliche Beihilfe Deutschlands SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) zugunsten des Nürburgrings wird für nichtig erklärt.
4. Der "Ja zum Nürburgring" e. V. und die Europäische Kommission tragen ihre eigenen Kosten.

Rechtsgebiet:

Europarecht, ausl. Recht, Völkerrecht

Schlagworte:

Rechtsmittel, Staatliche Beihilfen, Beihilfen zugunsten des Nürburgring-Komplexes (Deutschland), Beschluss, mit dem die Beihilfen für teilweise mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt werden, Veräußerung der Vermögenswerte der Empfänger der mit dem Binnenmarkt für unvereinbar erklärten staatlichen Beihilfen, Offenes, transparentes, diskriminierungs- und bedingungsfreies Bietverfahren, Beschluss, mit dem festgestellt wird, dass die Rückzahlung der mit dem Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfen, nicht den neuen Eigentümer des Nürburgring-Komplexes betreffe und dass diesem keine neue Beihilfe für den Erwerb dieses Komplexes gewährt worden sei, Zulässigkeit, Beteiligteneigenschaft, Individuell betroffene Person, Verletzung der Verfahrensrechte der Beteiligten, Schwierigkeiten, die die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens erfordern, Begründung, Verfälschung von Beweisen, Pourvoi, Aides d'État, Aides en faveur du complexe du Nürburgring (Allemagne), Décision déclarant les aides pour partie incompatibles avec le marché intérieur, Vente des actifs des bénéficiaires des aides d'État déclarées incompatibles, Procédure d'appel d'offres ouverte, transparente, non discriminatoire et inconditionnelle, Décision déclarant que le remboursement des aides incompatibles ne concerne pas le nouveau propriétaire du complexe du Nürburgring et que celui-ci n'a pas bénéficié d'une nouvelle aide pour l'acquisition de ce complexe, Recevabilité, Qualité de partie intéressée, Personne individuellement concernée, Violation des droits procéduraux des parties intéressées, Difficultés exigeant l'ouverture d'une procédure formelle d'examen Motivation Dénaturation des preuves , EU-Arbeitsweise, Beihilfen, Beihilfeaufsicht, Nürburgring I

vorgehend:

EuG, Urteil vom 19.06.2021 - [T-373/15](#)

Parteien:

Kläger:

Ja zum Nürburgring e. V.

Beklagter:

Europäische Kommission

Fundstellen:

BeckRS 2021, [24366](#)

LSK 2021, [24366](#)

NZBau 2021, [693](#) (Ls.)

ECLI:

ECLI:EU:C:2021:666

CELEX:

CELEX 62019CJ0647

Rechtskraft:

rechtskräftig

Text1

URTEIL DES GERICHTSHOFS (Vierte Kammer)

2. September 2021*

In der Rechtssache C-647/19 P

betreffend ein Rechtsmittel nach Art. 56 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union, eingelegt am 30. August 2019,

Ja zum Nürburgring e. V. mit Sitz in Nürnberg (Deutschland), Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte D. Frey und M. Rudolph,

Rechtsmittelführer,

andere Partei des Verfahrens:

Europäische Kommission,

vertreten durch L. Flynn, B. Stromsky und T. Maxian Rusche als Bevollmächtigte,

Beklagte im ersten Rechtszug,

erlässt

DER GERICHTSHOF (Vierte Kammer)

unter Mitwirkung des Kammerpräsidenten M. Vilaras (Berichterstatter), der Richter N. Piçarra, D. Šváby und S. Rodin sowie der Richterin K. Jürimäe,

Generalanwalt: G. Pitruzzella,

Kanzler: A. Calot Escobar,

aufgrund des schriftlichen Verfahrens,

nach Anhörung der Schlussanträge des Generalanwalts in der Sitzung vom 29. April 2021

folgendes

Urteil

Tenor:

1. Das Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 19. Juni 2019, Ja zum Nürburgring/Kommission (T-373/15, ECLI:EU:T:2019:432), wird aufgehoben, soweit das Gericht der Europäischen Union darin den Antrag auf Nichtigerklärung von Art. 1 letzter Gedankenstrich des Beschlusses (EU) 2016/151 der Kommission vom 1. Oktober 2014 über die staatliche Beihilfe Deutschlands SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) zugunsten des Nürburgrings zurückgewiesen hat.

2. Im Übrigen wird das Rechtsmittel zurückgewiesen.

3. Art. 1 letzter Gedankenstrich des Beschlusses (EU) 2016/151 der Kommission vom 1. Oktober 2014 über die staatliche Beihilfe Deutschlands SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) zugunsten des Nürburgrings wird für nichtig erklärt.

4. Der Ja zum Nürburgring e. V. und die Europäische Kommission tragen ihre eigenen Kosten.

Gründe:

1Mit seinem Rechtsmittel beantragt der Ja zum Nürburgring e. V. die Aufhebung des Urteils des Gerichts der Europäischen Union vom 19. Juni 2019, Ja zum Nürburgring/Kommission (T-373/15, im Folgenden: angefochtenes Urteil, ECLI:EU:T:2019:432), mit dem das Gericht seine Klage auf teilweise Nichtigerklärung des Beschlusses (EU) 2016/151 der Kommission vom 1. Oktober 2014 über die staatliche Beihilfe Deutschlands SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) zugunsten des Nürburgrings (ABl. 2016, L 34, S. 1, im Folgenden: abschließender Beschluss) abgewiesen hat.

Rechtlicher Rahmen

2Die Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 [AEUV] (ABl. 1999, L 83, S. 1) in der durch die Verordnung (EU) Nr. 734/2013 des Rates vom 22. Juli 2013 (ABl. 2013, L 204, S. 15) geänderten Fassung (im Folgenden: Verordnung Nr. 659/1999), die durch die Verordnung (EU) 2015/1589 des Rates vom 13. Juli 2015 über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 108 [AEUV] (ABl. 2015, L 248, S. 9) aufgehoben wurde, ist auf den Sachverhalt der vorliegenden Rechtssache anwendbar.

3Art. 1 Buchst. h der Verordnung Nr. 659/1999 definiert den Begriff „Beteiligte“ im Sinne dieser Verordnung als „Mitgliedstaaten, Personen, Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen, deren Interessen aufgrund der Gewährung einer Beihilfe beeinträchtigt sein können, insbesondere der Beihilfeempfänger, Wettbewerber und Berufsverbände“.

4Art. 4 („Vorläufige Prüfung der Anmeldung und Entscheidungen der Kommission“) dieser Verordnung bestimmt in seinen Abs. 2 bis 4:

„(2) Gelangt die Kommission nach einer vorläufigen Prüfung zu dem Schluss, dass die angemeldete Maßnahme keine Beihilfe darstellt, so stellt sie dies durch Entscheidung fest.

(3) Stellt die Kommission nach einer vorläufigen Prüfung fest, dass die angemeldete Maßnahme, insoweit sie in den Anwendungsbereich des Artikels [107] Absatz 1 [AEUV] fällt, keinen Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt gibt, so entscheidet sie, dass die Maßnahme mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar ist (nachstehend ‚Entscheidung, keine Einwände zu erheben‘ genannt). In der Entscheidung wird angeführt, welche Ausnahmenvorschrift des Vertrags zur Anwendung gelangt ist.

(4) Stellt die Kommission nach einer vorläufigen Prüfung fest, dass die angemeldete Maßnahme Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt gibt, so entscheidet sie, das Verfahren nach Artikel [108] Absatz 2 [AEUV] zu eröffnen (nachstehend ‚Entscheidung über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens‘ genannt).“

5 Art. 6 Abs. 1 der Verordnung lautet:

„Die Entscheidung über die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens enthält eine Zusammenfassung der wesentlichen Sach- und Rechtsfragen, eine vorläufige Würdigung des Beihilfecharakters der geplanten Maßnahme durch die Kommission und Ausführungen über ihre Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit mit dem Gemeinsamen Markt. Der betreffende Mitgliedstaat und die anderen Beteiligten werden in dieser Entscheidung zu einer Stellungnahme innerhalb einer Frist von normalerweise höchstens einem Monat aufgefordert. In ordnungsgemäß begründeten Fällen kann die Kommission diese Frist verlängern.“

6 Art. 13 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung Nr. 659/1999 sieht vor, dass nach Prüfung einer etwaigen rechtswidrigen Beihilfe eine Entscheidung nach Art. 4 Abs. 2, 3 oder 4 dieser Verordnung ergeht.

Vorgeschichte des Rechtsstreits und streitige Entscheidungen

7 Die Vorgeschichte des Rechtsstreits ist in den Rn. 1 bis 16 des angefochtenen Urteils dargestellt und lässt sich für die Zwecke des vorliegenden Verfahrens wie folgt zusammenfassen.

8 Der im Land Rheinland-Pfalz (Deutschland) gelegene Nürburgring-Komplex (im Folgenden: Nürburgring) umfasst eine Motorsport-Rennstrecke (im Folgenden: Nürburgring-Rennstrecke), einen Freizeitpark, Hotels und Restaurants.

9 Zwischen 2002 und 2012 erhielten die öffentlichen Unternehmen, die Eigentümer des Nürburgrings waren (im Folgenden: Veräußerer), hauptsächlich von Seiten des Landes Rheinland-Pfalz Beihilfen. Im Jahr 2011 legte der Rechtsmittelführer, ein deutscher Motorsportverband, bei der Kommission eine erste Beschwerde in Bezug auf diese Beihilfen ein. Diese Beihilfen waren Gegenstand eines von der Kommission im Jahr 2012 eingeleiteten förmlichen Prüfverfahrens gemäß Art. 108 Abs. 2 AEUV. Im selben Jahr stellte das Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler (Deutschland) die Zahlungsunfähigkeit der Veräußerer fest, und es wurde entschieden, ihre Vermögenswerte zu verkaufen. Es wurde ein Bietverfahren (im Folgenden: Bietverfahren) eingeleitet, das mit der Veräußerung dieser Vermögenswerte an die Capricorn Nürburgring Besitzgesellschaft GmbH (im Folgenden: Capricorn) endete.

10 Im Jahr 2013 legte der Rechtsmittelführer bei der Kommission eine zweite Beschwerde ein, in der er geltend machte, das Bietverfahren sei nicht offen, transparent, diskriminierungs- und bedingungsfrei. Der noch zu bestimmende Erwerber werde somit neue Beihilfen erhalten und für die Kontinuität der wirtschaftlichen Aktivitäten der Veräußerer sorgen, so dass sich die Anordnung der Rückforderung der von den Veräußerern empfangenen Beihilfen auf ihn erstrecken müsse.

11 In Art. 2 des abschließenden Beschlusses stellte die Kommission fest, dass bestimmte Unterstützungsmaßnahmen zugunsten der Veräußerer (im Folgenden: Beihilfen an die Veräußerer) rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar seien. In Art. 3 Abs. 2 dieses Beschlusses befand sie, dass Capricorn und ihre Tochtergesellschaften nicht von einer etwaigen Rückforderung der Beihilfen an die Veräußerer betroffen seien (im Folgenden: erste streitige Entscheidung).

12 In Art. 1 letzter Gedankenstrich des abschließenden Beschlusses stellte die Kommission fest, dass die Veräußerung der Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn keine staatliche Beihilfe darstelle (im Folgenden: zweite streitige Entscheidung). Insoweit war die Kommission der Auffassung, dass das Bietverfahren offen, transparent und diskriminierungsfrei durchgeführt worden sei, dass es zu einem marktgerechten Veräußerungspreis geführt habe und dass keine wirtschaftliche Kontinuität zwischen den Veräußerern und dem Erwerber bestehe.

Verfahren vor dem Gericht und angefochtenes Urteil

13 Mit Klageschrift, die am 10. Juli 2015 bei der Kanzlei des Gerichts einging, erhob der Rechtsmittelführer Klage auf Nichtigerklärung der ersten und der zweiten streitigen Entscheidung.

14 Das Gericht hat die Klage als unzulässig abgewiesen, soweit sie auf die Nichtigerklärung der ersten streitigen Entscheidung gerichtet war, da der Rechtsmittelführer seiner Auffassung nach nicht dargetan hatte, von dieser Entscheidung individuell betroffen zu sein. Aus den in den Rn. 48 bis 69 des angefochtenen Urteils dargelegten Gründen hat das Gericht erstens ausgeführt, dass der Rechtsmittelführer nicht rechtlich hinreichend nachgewiesen habe, dass diese Entscheidung eine Wettbewerbsstellung spürbar beeinträchtigt habe, die er auf den relevanten Märkten innegehabt haben könnte, zweitens, dass er sich nicht als Berufsverband auf eine Klagebefugnis im Hinblick auf eines seiner Mitglieder berufen könne, und drittens,

dass er nicht nachgewiesen habe, dass er in dem förmlichen Prüfverfahren, das dem Erlass der ersten streitigen Entscheidung vorausgegangen sei, eine klar umschriebene und mit dem Gegenstand dieser Entscheidung eng zusammenhängende Stellung als Verhandlungsführer eingenommen habe.

15 Zum Antrag auf Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung hat das Gericht in Rn. 83 des angefochtenen Urteils festgestellt, die Parteien seien sich darüber einig, dass diese Entscheidung eine am Ende der Vorprüfungsphase nach Art. 108 Abs. 3 AEUV und nicht eine am Ende eines förmlichen Prüfverfahrens ergangene Entscheidung sei.

16 In Rn. 88 des angefochtenen Urteils hat das Gericht ausgeführt, es sei nicht auszuschließen, dass der Rechtsmittelführer angesichts seines Zwecks, der gerade in der Wiederherstellung und Förderung einer Motorsport-Rennstrecke am Nürburgring bestehe, und aufgrund der Tatsache, dass er an der ersten Phase des Bietverfahrens im Hinblick auf den Verkauf der Vermögenswerte des Nürburgrings teilgenommen und in diesem Rahmen zahlreiche Informationen über diese Vermögenswerte zusammengetragen habe, in der Lage sei, der Kommission im Rahmen des förmlichen Prüfverfahrens nach Art. 108 Abs. 2 AEUV eine Stellungnahme vorzulegen, die sie in ihre Beurteilung des offenen, transparenten, diskriminierungs- und bedingungsfreien Charakters des Bietverfahrens und der Frage, ob die Vermögenswerte des Nürburgrings in diesem Rahmen zum Marktpreis veräußert worden seien, zu integrieren haben könnte. Das Gericht hat daher in Rn. 89 des angefochtenen Urteils befunden, dass dem Rechtsmittelführer in Bezug auf die zweite streitige Entscheidung die Eigenschaft eines Beteiligten zuzuerkennen sei, und hat infolgedessen in Rn. 93 des angefochtenen Urteils festgestellt, dass der Rechtsmittelführer in Bezug auf die zweite streitige Entscheidung zur Klage befugt sei, um die Verfahrensrechte zu wahren, die ihm nach Art. 108 Abs. 2 AEUV zustünden.

17 In Rn. 129 des angefochtenen Urteils hat das Gericht ausgeführt, dass zur Entscheidung über die Begründetheit der Klage, soweit sie auf die Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung abziele, und insbesondere zur Entscheidung über die Klagegründe 5 und 8, mit denen ein Verstoß gegen Art. 108 Abs. 2 AEUV und Art. 4 Abs. 4 der Verordnung Nr. 659/1999 sowie eine Verletzung der Verfahrensrechte des Rechtsmittelführers gerügt würden, zu prüfen sei, ob die Klagegründe 1 bis 4 die Feststellung zuließen, dass die Kommission am Ende der Vorprüfungsphase mit Schwierigkeiten konfrontiert gewesen sei, die die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens erfordert hätten.

18 Am Ende dieser Prüfung hat das Gericht in Rn. 176 des angefochtenen Urteils festgestellt, dass die Klagegründe 5 und 8 bei einer Prüfung unter Berücksichtigung der vom Rechtsmittelführer im Rahmen der Klagegründe 1 bis 4 vorgebrachten Argumente nicht die Feststellung erlaubten, dass die Kommission am Ende der Vorprüfungsphase mit Schwierigkeiten konfrontiert gewesen sei, die die Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens erfordert hätten, so dass diese Klagegründe zurückzuweisen seien.

19 Das Gericht hat in den Rn. 182 bis 190 bzw. 193 bis 197 auch den sechsten und den neunten Klagegrund, mit denen ein Verstoß der Kommission gegen die Begründungspflicht bzw. gegen das Recht auf eine gute Verwaltung gerügt worden war, geprüft und zurückgewiesen.

20 Infolgedessen hat das Gericht in Rn. 198 des angefochtenen Urteils die Klage als teilweise unzulässig und teilweise unbegründet abgewiesen.

Anträge der Parteien vor dem Gerichtshof

21Der Rechtsmittelführer beantragt,

- das angefochtene Urteil aufzuheben;
- die erste und die zweite streitige Entscheidung für nichtig zu erklären;
- hilfsweise, die Sache an das Gericht zurückzuverweisen;
- der Kommission die Kosten beider Rechtszüge aufzuerlegen.

22Die Kommission beantragt,

- die in den Rn. 73 bis 94 des angefochtenen Urteils enthaltene Entscheidung des Gerichts aufzuheben, dass die Klage gegen die zweite streitige Entscheidung zulässig sei;
- die Klage insoweit als unzulässig abzuweisen;
- das Rechtsmittel zurückzuweisen;
- dem Rechtsmittelführer die Kosten aufzuerlegen.

Zum Rechtsmittel

23Der Rechtsmittelführer stützt sein Rechtsmittel auf fünf Gründe. Erstens rügt er, das Gericht habe rechtsfehlerhaft angenommen, dass er als Wettbewerber des Empfängers der fraglichen Beihilfen von der ersten streitigen Entscheidung nicht individuell betroffen sei. Zweitens habe das Gericht rechtsfehlerhaft entschieden, dass er von der ersten streitigen Entscheidung als Berufsverband nicht individuell betroffen sei. Drittens habe das Gericht rechtsfehlerhaft die Klagebefugnis bezüglich der zweiten streitigen Entscheidung verneint. Viertens sei das angefochtene Urteil unzureichend begründet, es seien Tatsachen und Beweismittel verfälscht worden, und die gegen die implizite Entscheidung der Kommission, kein förmliches Prüfverfahren zu eröffnen, gerichteten Klagegründe seien rechtsfehlerhaft geprüft worden. Fünftens habe das Gericht die Frage, ob die zweite streitige Entscheidung hinreichend begründet worden sei, rechtsfehlerhaft beurteilt.

24Der erste und der zweite Rechtsmittelgrund betreffen die Zurückweisung des Antrags auf Nichtigerklärung der ersten streitigen Entscheidung durch das Gericht, während die Rechtsmittelgründe 3 bis 5 die Zurückweisung des Antrags auf Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung betreffen.

Zu den Rechtsmittelgründen betreffend den Antrag auf Nichtigerklärung der ersten streitigen Entscheidung

Zum ersten Rechtsmittelgrund

25Der erste Rechtsmittelgrund betrifft Rn. 56 des angefochtenen Urteils, die wie folgt lautet:

„Im Übrigen ist, soweit der Kläger vorträgt, seine Marktstellung sei aufgrund seiner früheren Investitionen in die Nürburgring-Rennstrecke spürbar beeinträchtigt worden, darauf hinzuweisen, dass der bloße Umstand, dass er offenbar aus dem einen oder anderen Grund in den Nürburgring investiert hat, nicht genügt, um festzustellen, dass er als Wirtschaftsteilnehmer auf den relevanten Märkten präsent war, was er im Übrigen auch nicht behauptet, und erst recht nicht, dass seine Stellung als Wirtschaftsteilnehmer auf diesen Märkten durch die Beihilfen an die Veräußerer, die ihm zufolge diese Investitionen wertlos gemacht haben, spürbar beeinträchtigt wurde. Jedenfalls erläutert der Kläger nicht, wie die erste [streitige] Entscheidung, nach der der Erwerber der Vermögenswerte des Nürburgrings nicht verpflichtet war, die Beihilfen an die Veräußerer zurückzuzahlen, den Nutzen seiner Investitionen in den Nürburgring beeinträchtigt haben soll.“

- Vorbringen der Parteien

26Mit dem ersten Teil des ersten Rechtsmittelgrundes rügt der Rechtsmittelführer, das Gericht sei nicht rechtlich hinreichend auf sein Vorbringen zur spürbaren Beeinträchtigung seiner Marktstellung eingegangen, was eine Verletzung der Begründungspflicht, seines Anspruchs auf rechtliches Gehör und seines Rechts auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz darstelle.

27Der Rechtsmittelführer macht insbesondere geltend, das Gericht habe mit der Feststellung im zweiten Satz von Rn. 56 des angefochtenen Urteils, dass er nicht erläutert habe, wie die erste streitige Entscheidung den Nutzen seiner Investitionen in den Nürburgring beeinträchtigt haben solle, sein Vorbringen in Rn. 32 seiner Erwiderung vor dem Gericht übergangen, wo er im Wesentlichen vorgetragen habe, diese Investitionen seien frustriert worden und ihr Zweck sei vereitelt worden, der darin bestanden habe, den Betrieb der Traditionsstrecke des Nürburgrings zu fördern und sicherzustellen, dass Motorsportveranstalter zu gemeinwohlorientierten Konditionen Zugang zu dieser Strecke erhielten. Stattdessen seien mittels einer Quersubvention motorsportfremde Hotel- und Freizeiteinrichtungen finanziert und mit den Beihilfen an die Veräußerer gebaut worden. Mit der Veräußerung der Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn sei als unmittelbare rechtswidrige Folge die durch die rechtswidrigen Beihilfen eingetretene Beeinträchtigung seiner Marktstellung perpetuiert worden.

28Infolge der festen Bindung seiner Investitionen in die Nürburgring-Rennstrecke an deren gemeinwohlorientierten Betrieb sei der Rechtsmittelführer derart eng an den Betrieb dieser Rennstrecke gebunden, dass er eine Marktstellung auf dem relevanten Markt für den Betrieb von Motorsport-Rennstrecken erlangt habe. Insoweit habe er vor dem Gericht hervorgehoben, dass es sich bei der Nürburgring-Rennstrecke um ein natürliches Monopol handle. Das Gericht habe jedoch verkannt, dass es bei einem natürlichen Monopol nur einen potenziellen Wettbewerb um den Betrieb geben könne. Die Investitionen des Rechtsmittelführers seien daher die unmittelbarste Form, um eine Marktstellung zu begründen. Darum sei auch die im ersten Satz von Rn. 56 des angefochtenen Urteils getroffene Feststellung unzutreffend, dass der Rechtsmittelführer nicht behauptet habe, dass seine Marktstellung durch die Beihilfen an die Veräußerer spürbar beeinträchtigt worden sei.

29Mit dem zweiten Teil des ersten Rechtsmittelgrundes macht der Rechtsmittelführer geltend, das Gericht habe sich auf eine falsche Auslegung von Art. 263 Abs. 4 AEUV gestützt, als es in Rn. 56 des angefochtenen Urteils davon ausgegangen sei, dass eine aus dem einen oder anderen Grund getätigte Investition nicht genüge, um festzustellen, dass der Investor als Wirtschaftsteilnehmer auf dem Markt präsent sei, in den die Investitionen geflossen seien.

30Die Kommission macht geltend, der erste Rechtsmittelgrund sei wirkungslos oder jedenfalls unbegründet.

- Würdigung durch den Gerichtshof

31Für die Zwecke der gemeinsamen Prüfung der beiden Teile des ersten Rechtsmittelgrundes ist darauf hinzuweisen, dass nach ständiger Rechtsprechung des Gerichtshofs eine Person, die nicht Adressat einer Entscheidung ist, nur dann geltend machen kann, von ihr individuell betroffen zu sein, wenn die Entscheidung sie wegen bestimmter persönlicher Eigenschaften oder besonderer, sie aus dem Kreis aller übrigen Personen heraushebender Umstände berührt und sie daher in ähnlicher Weise individualisiert wie den Adressaten einer solchen Entscheidung (Urteile vom 15. Juli 1963, Plaumann/Kommission, 25/62, [ECLI:EU:C:1963:17](#), S. 238, vom 17. September 2015, Mory u. a./Kommission, [C-33/14 P](#),

ECLI:EU:C:2015:609, Rn. 93, sowie vom 15. Juli 2021, Deutsche Lufthansa/Kommission, C-453/19 P, ECLI:EU:C:2021:608, Rn. 33).

32Stellt ein Kläger wie im vorliegenden Fall die Begründetheit einer am Ende des förmlichen Prüfverfahrens erlassenen Entscheidung in Frage, mit der die Beihilfe beurteilt wird, so kann der bloße Umstand, dass er als Beteiligter im Sinne von Art. 108 Abs. 2 AEUV betrachtet werden kann, nicht für die Annahme der Zulässigkeit der Klage ausreichen. Er muss in diesem Fall dartun, dass ihm eine besondere Stellung im Sinne der in der vorstehenden Randnummer angeführten Rechtsprechung zukommt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Marktstellung des Klägers durch die Beihilfe, die Gegenstand der betreffenden Entscheidung ist, spürbar beeinträchtigt wird (Urteile vom 17. September 2015, Mory u. a./Kommission, C-33/14 P, ECLI:EU:C:2015:609, Rn. 97, sowie vom 15. Juli 2021, Deutsche Lufthansa/Kommission, C-453/19 P, ECLI:EU:C:2021:608, Rn. 37).

33Wie das Gericht in Rn. 48 des angefochtenen Urteils selbst ausgeführt hat, sind u. a. Konkurrenzunternehmen des begünstigten Unternehmens neben diesem als von einer Entscheidung der Kommission, mit der das förmliche Prüfverfahren abgeschlossen wird, individuell betroffen angesehen worden, wenn sie im Rahmen dieses Verfahrens eine aktive Rolle gespielt haben und sofern ihre Marktstellung durch die Beihilfe, die Gegenstand der angefochtenen Entscheidung ist, spürbar beeinträchtigt wird (Urteile vom 17. September 2015, Mory u. a./Kommission, C-33/14 P, ECLI:EU:C:2015:609, Rn. 98, sowie vom 15. Juli 2021, Deutsche Lufthansa/Kommission, C-453/19 P, ECLI:EU:C:2021:608, Rn. 38).

34Allein die Vornahme von Investitionen in ein bestimmtes Infrastrukturelement bedeutet indessen noch nicht, dass der betreffende Investor auf irgendeinem Markt tätig wäre, der mit dem Betrieb dieser Infrastruktur verbunden ist. Dies gilt erst recht, wenn durch solche Investitionen der Betrieb dieser Infrastruktur durch verschiedene Wirtschaftsteilnehmer unter gemeinwohlorientierten Konditionen gefördert werden soll, wie es nach dem Vorbringen des Rechtsmittelführers bei den Investitionen der Fall war, die er nach seiner Darstellung in die Nürburgring-Rennstrecke getätigt hat.

35Folglich hat das Gericht keinen Rechtsfehler begangen, als es in Rn. 56 des angefochtenen Urteils im Wesentlichen befand, dass das Vorbringen des Rechtsmittelführers zu seinen Investitionen in die Nürburgring-Rennstrecke nicht ausreiche, um darzutun, dass er von der ersten streitigen Entscheidung im Sinne der in Rn. 31 des vorliegenden Urteils angeführten Rechtsprechung individuell betroffen sei. Daher ist der zweite Teil des ersten Rechtsmittelgrundes als unbegründet zurückzuweisen.

36Zum ersten Teil des ersten Rechtsmittelgrundes, mit dem im Wesentlichen eine Verletzung der Begründungspflicht durch das Gericht gerügt wird, ist darauf hinzuweisen, dass nach ständiger Rechtsprechung die Verpflichtung des Gerichts, seine Entscheidungen gemäß Art. 36 und Art. 53 Abs. 1 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union zu begründen, nicht verlangt, dass das Gericht bei seinen Ausführungen alle von den Parteien des Rechtsstreits vorgetragene Argumente nacheinander erschöpfend behandelt. Die Begründung kann daher implizit erfolgen, sofern sie es den Betroffenen ermöglicht, die Gründe zu erkennen, aus denen das Gericht ihrer Argumentation nicht gefolgt ist, und dem Gerichtshof ausreichende Angaben liefert, damit er seine Kontrollaufgabe wahrnehmen kann (Urteil vom 9. September 2008, FIAMM u. a./Rat und Kommission, C-120/06 P und C-121/06 P, ECLI:EU:C:2008:476, Rn. 96 sowie die dort angeführte Rechtsprechung).

37Aus Rn. 56 des angefochtenen Urteils geht zumindest implizit, aber eindeutig hervor, dass das Gericht der Ansicht war, dass mit dem Vorbringen des Rechtsmittelführers zu seinen

Investitionen in die Nürburgring-Rennstrecke nicht ausreichend dargetan sei, dass er auf dem relevanten Markt präsent gewesen sei, und erst recht nicht, dass seine Wettbewerbsstellung auf diesem Markt durch die Maßnahme, die Gegenstand der ersten streitigen Entscheidung sei, spürbar beeinträchtigt worden sei.

38Folglich ist der erste Teil des ersten Rechtsmittelgrundes ebenso wie dieser Rechtsmittelgrund in seiner Gesamtheit als unbegründet zurückzuweisen.

Zum zweiten Rechtsmittelgrund

39Der zweite Rechtsmittelgrund bezieht sich auf Rn. 69 des angefochtenen Urteils, in der das Gericht ausgeführt hat, dass nach Maßgabe der strengen Voraussetzungen, die im Urteil vom 13. Dezember 2005, Kommission/Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (C-78/03 P, ECLI:EU:C:2005:761, Rn. 53 bis 59), aufgestellt worden seien, davon auszugehen sei, dass der Rechtsmittelführer nicht nachgewiesen habe, dass er in dem förmlichen Prüfverfahren, das dem Erlass der ersten streitigen Entscheidung vorausgegangen sei, eine klar umschriebene und mit dem Gegenstand dieser Entscheidung eng zusammenhängende Stellung als Verhandlungsführer eingenommen habe, die seine individuelle Betroffenheit von dieser Entscheidung begründen könnte.

- Vorbringen der Parteien

40Der Rechtsmittelführer macht geltend, das Gericht habe seine Begründungspflicht verletzt und die ihm unterbreiteten Tatsachen und Beweismittel verfälscht. Er habe vor dem Gericht dargetan, dass er in dem Verwaltungsverfahren, das zum Erlass der ersten streitigen Entscheidung geführt habe, eine aktive und bezüglich des gemeinwohlorientierten Betriebs der Nürburgring-Rennstrecke einzigartige Rolle gespielt habe. Seine klar umschriebene und eng mit dem Gegenstand dieser Entscheidung zusammenhängende Stellung als Verhandlungsführer sei mit derjenigen vergleichbar, die die Landbouwschap (eine niederländische Einrichtung des öffentlichen Rechts, gegründet zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der in der Landwirtschaft tätigen Wirtschaftsteilnehmer unter Berücksichtigung des Allgemeininteresses) in der Rechtssache, in der das Urteil vom 2. Februar 1988, Kwekerij van der Kooy u. a./Kommission (67/85, 68/85 und 70/85, ECLI:EU:C:1988:38, Max2 Rn. 20 bis 24), ergangen sei, und das Comité international de la rayonne et des fibres synthétiques (Internationaler Ausschuss für Kunstseide und Kunstfasern, CIRFS) in der Rechtssache, in der das Urteil vom 24. März 1993, CIRFS u. a./Kommission (C-313/90, ECLI:EU:C:1993:111, Rn. 29 und 30), ergangen sei, innegehabt hätten.

41Der Rechtsmittelführer habe nämlich mit der Kommission über die Beihilfen verhandelt, die Gegenstand der ersten streitigen Entscheidung seien, um seinen Mitgliedern beihilferechtskonform und gemeinwohlorientiert den Betrieb dieser Rennstrecke zu sichern und um zu gewährleisten, dass seine Investitionen weiterhin zu diesem Ziel beitragen. Diese tatsächlichen Umstände hoben den Rechtsmittelführer aus dem Kreis aller übrigen Personen hervor, so dass er zur Klage gegen die erste streitige Entscheidung befugt gewesen sei.

42Daher habe das Gericht die Klagebefugnis des Rechtsmittelführers nicht verneinen können, ohne zu erklären, warum die Voraussetzungen für die Anerkennung der Klagebefugnis im Licht seines ausführlichen Vorbringens sowie seiner Beweise und Argumente nicht erfüllt gewesen seien. Soweit das Gericht in Rn. 69 des angefochtenen Urteils auf die „strengen Voraussetzungen, die im Urteil vom 13. Dezember 2005, Kommission/Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (C-78/03 P, ECLI:EU:C:2005:761, Rn. 53 bis 59), aufgestellt worden

sind“, Bezug genommen habe, lasse dies nicht erkennen, welche Voraussetzungen das Gericht geprüft habe. Daher liege eine fehlende oder unzureichende Urteilsbegründung durch das Gericht vor, worin auch eine Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör und des Rechts auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz liege. Darüber hinaus habe das Gericht, indem es festgestellt habe, der Rechtsmittelführer habe „nicht nachgewiesen“, dass er in dem förmlichen Prüfverfahren, das dem Erlass der ersten streitigen Entscheidung vorausgegangen sei, eine Stellung als Verhandlungsführer eingenommen habe, ohne jedoch zu erläutern, welche vom Rechtsmittelführer vorgelegten Nachweise es geprüft habe, Tatsachen und Beweismittel verfälscht.

43Die Kommission vertritt die Auffassung, der zweite Rechtsmittelgrund sei unbegründet und müsse zurückgewiesen werden.

- Würdigung durch den Gerichtshof

44Aus Rn. 58 des angefochtenen Urteils geht hervor, dass der Rechtsmittelführer vor dem Gericht u. a. vorgetragen hatte, dass er Verhandlungen geführt habe, um die Interessen des deutschen Motorsports zu vertreten, insbesondere in Bezug auf die Wiederherstellung und Förderung einer Motorsport-Rennstrecke am Nürburgring, und dass er am Verwaltungsverfahren, das dem Erlass der ersten streitigen Entscheidung vorausgegangen sei, teilgenommen habe, indem er eine Beschwerde eingelegt und schriftliche Erklärungen sowie Beweise übermittelt habe.

45In den Rn. 66 und 67 des angefochtenen Urteils hat das Gericht die Erwägungen zusammengefasst, die den Gerichtshof in den Rechtssachen, in denen die Urteile vom 2. Februar 1988, *Kwekerij van der Kooy u. a./Kommission* (67/85, 68/85 und 70/85, [ECLI:EU:C:1988:38](#)), sowie vom 24. März 1993, *CIRFS u. a./Kommission* ([C-313/90](#), [ECLI:EU:C:1993:111](#)), ergangen sind, dazu veranlasst haben, die Klagen für zulässig zu erklären. Des Weiteren hat das Gericht in Rn. 68 seines Urteils unter Bezugnahme auf seine eigene Rechtsprechung und auf die des Gerichtshofs ausgeführt, dass der Umstand, dass ein Berufsverband die Beschwerde eingelegt habe, die das förmliche Prüfverfahren ausgelöst habe, oder in diesem Verfahren Stellung genommen habe, nicht ausreiche, um diesem Verband einen besonderen Status als Verhandlungsführer zuzuerkennen.

46Schließlich hat das Gericht in Rn. 69 des angefochtenen Urteils auf die „strengen Voraussetzungen, die im Urteil vom 13. Dezember 2005, *Kommission/Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum* ([C-78/03 P](#), [ECLI:EU:C:2005:761](#), Rn. 53 bis 59), aufgestellt worden sind“, hingewiesen - ein Urteil, in dem der Gerichtshof selbst die besonderen Umstände der Rechtssachen dargelegt hatte, in denen die Urteile vom 2. Februar 1988, *Kwekerij van der Kooy u. a./Kommission* (67/85, 68/85 und 70/85, [ECLI:EU:C:1988:38](#)), sowie vom 24. März 1993, *CIRFS u. a./Kommission* ([C-313/90](#), [ECLI:EU:C:1993:111](#)), ergangen sind - und erklärt, inwiefern sich jene Umstände von der Situation eines bloßen Beteiligten unterschieden, der an dem Verfahren, das zum Erlass einer Entscheidung über eine staatliche Beihilfe geführt habe, aktiv beteiligt gewesen sei.

47Diese Verweise auf die Rechtsprechung lassen erkennen, weshalb das in Rn. 58 des angefochtenen Urteils zusammengefasste Vorbringen des Rechtsmittelführers nicht ausreiche, um ihm die Eigenschaft eines Verhandlungsführers im Sinne der in den Rn. 66 bis 69 des angefochtenen Urteils angeführten Rechtsprechung zu verleihen.

48Auch wenn die vom Gericht in den Rn. 65 bis 69 des angefochtenen Urteils dargelegte Begründung relativ knapp ist, reicht sie daher aus, um es dem Rechtsmittelführer zu

ermöglichen, die Gründe für die Zurückweisung seines auf die Urteile vom 2. Februar 1988, Kwekerij van der Kooy u. a./Kommission (67/85, 68/85 und 70/85, [ECLI:EU:C:1988:38](#)), sowie vom 24. März 1993, CIRFS u. a./Kommission ([C-313/90](#), [ECLI:EU:C:1993:111](#)), gestützten Vorbringens zu verstehen, mit dem er die Zulässigkeit seines Antrags auf Nichtigerklärung der ersten streitigen Entscheidung dartun wollte.

49 Was das Vorbringen anbelangt, das Gericht habe Tatsachen und Beweismittel verfälscht, so ist dieses als unzulässig zurückzuweisen, da der Rechtsmittelführer weder die genauen Tatsachen und Beweismittel benannt hat, die das Gericht verfälscht haben soll, noch angegeben hat, inwiefern es sie verfälscht haben soll (vgl. in diesem Sinne Beschluss vom 1. Februar 2017, Vidmar u. a./Kommission, [C-240/16 P](#), [ECLI:EU:C:2017:89](#), Rn. 26 und 27).

50 Nach alledem ist der zweite Rechtsmittelgrund als teilweise unzulässig und teilweise unbegründet zurückzuweisen.

51 Da der erste und der zweite Rechtsmittelgrund nicht durchdringen, ist das Rechtsmittel zurückzuweisen, soweit es auf die Aufhebung derjenigen Teile des angefochtenen Urteils gerichtet ist, in denen das Gericht den Antrag auf Nichtigerklärung der ersten streitigen Entscheidung zurückgewiesen hat.

Zu den Rechtsmittelgründen betreffend den Antrag auf Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung

Zur Zulässigkeit der Klage vor dem Gericht

52 Ohne ein Anschlussrechtsmittel eingelegt zu haben, beantragt die Kommission, die Zulässigkeit der Klage zu prüfen, soweit sie auf die Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung gerichtet war. Das Gericht habe nämlich den Begriff „Beteiligter“ im Sinne von Art. 108 Abs. 2 und 3 AEUV sowie von Art. 1 Buchst. h der Verordnung Nr. 659/1999 rechtsfehlerhaft ausgelegt und angewandt und zu Unrecht angenommen, dass sich der Rechtsmittelführer auf diese Eigenschaft habe berufen können.

53 Insoweit ist darauf hinzuweisen, dass der Gerichtshof, wenn er mit einem Rechtsmittel nach Art. 56 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union befasst ist, verpflichtet ist, gegebenenfalls von Amts wegen über die zwingend zu beachtende Rüge einer Verkenntung der Zulässigkeitsvoraussetzungen einer von einem Einzelnen nach Art. 263 Abs. 4 AEUV erhobenen Nichtigkeitsklage zu entscheiden (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 29. Juli 2019, Bayerische Motoren Werke und Freistaat Sachsen/Kommission, [C-654/17 P](#), [ECLI:EU:C:2019:634](#), Rn. 44 sowie die dort angeführte Rechtsprechung).

54 Aus den Rn. 84 bis 89 des angefochtenen Urteils geht hervor, dass das Gericht im Wesentlichen entschieden hat, der Rechtsmittelführer könne in seiner Eigenschaft als Beteiligter zur Wahrung seiner Verfahrensrechte aus Art. 108 Abs. 2 AEUV und Art. 6 Abs. 1 der Verordnung Nr. 659/1999 zulässigerweise die Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung beantragen.

55 Die Kommission macht erstens geltend, das Gericht habe die einschlägige Rechtsprechung des Gerichtshofs unvollständig erfasst und verkannt, dass die Beteiligteigenschaft das Bestehen eines Wettbewerbsverhältnisses voraussetze.

56 Dieses Argument ist jedoch zurückzuweisen. Der Begriff „Beteiligte“ wird nämlich in Art. 1 Buchst. h der Verordnung Nr. 659/1999 definiert als „Mitgliedstaaten, Personen, Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen, deren Interessen aufgrund der Gewährung einer Beihilfe beeinträchtigt sein können, insbesondere der Beihilfeempfänger, Wettbewerber

und Berufsverbände“. Diese Bestimmung übernimmt die Definition des Begriffs „Beteiligte“ im Sinne von Art. 108 Abs. 2 AEUV, wie sie sich aus der Rechtsprechung des Gerichtshofs ergibt (Urteil vom 2. April 1998, *Kommission/Sytraval und Brink's France*, C-367/95 P, ECLI:EU:C:1998:154, Rn. 41 sowie die dort angeführte Rechtsprechung).

57Wie der Generalanwalt in Nr. 30 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, weist einerseits ein Unternehmen, das mit dem durch eine Beihilfemaßnahme Begünstigten in Wettbewerb steht, unbestreitbar die Eigenschaft eines „Beteiligten“ im Sinne von Art. 108 Abs. 2 AEUV auf; andererseits kann aber auch einer Einrichtung, die kein Wettbewerber des Empfängers der fraglichen Beihilfe ist, diese Eigenschaft zuerkannt werden, sofern sie dargetan hat, dass ihre Interessen aufgrund der Gewährung dieser Beihilfe beeinträchtigt sein können. Nach der Rechtsprechung des Gerichtshofs muss sie hierfür dartun, dass sich die Beihilfe auf ihre Situation konkret auswirken kann (vgl. in diesem Sinne Urteile vom 24. Mai 2011, *Kommission/Kronoply und Kronotex*, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, Rn. 65, sowie vom 27. Oktober 2011, *Österreich/Scheucher-Fleisch u. a.*, C-47/10 P, ECLI:EU:C:2011:698, Rn. 132).

58Demnach ist das Argument der Kommission zurückzuweisen, dass sich aus den Urteilen vom 9. Juli 2009, *3F/Kommission* (C-319/07 P, ECLI:EU:C:2009:435), vom 24. Mai 2011, *Kommission/Kronoply und Kronotex* (C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341), sowie vom 6. November 2018, *Scuola Elementare Maria Montessori/Kommission*, *Kommission/Scuola Elementare Maria Montessori und Kommission/Ferracci* (C-622/16 P bis C-624/16 P, ECLI:EU:C:2018:873), ergebe, dass die Beteiligteigenschaft ein Wettbewerbsverhältnis voraussetze.

59Wie nämlich Rn. 104 des Urteils vom 9. Juli 2009, *3F/Kommission* (C-319/07 P, ECLI:EU:C:2009:435), zu entnehmen ist, hat der Gerichtshof einer Gewerkschaft die Beteiligteigenschaft deshalb zuerkannt, weil ihre Interessen und die ihrer Mitglieder bei Tarifvertragsverhandlungen durch die in jener Rechtssache in Rede stehenden Maßnahmen möglicherweise beeinträchtigt waren.

60Was das Urteil vom 24. Mai 2011, *Kommission/Kronoply und Kronotex* (C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, Rn. 64), betrifft, so hat der Gerichtshof nicht auf ein Wettbewerbsverhältnis zwischen dem Beihilfeempfänger und dem in jener Rechtssache klagenden Unternehmen abgestellt, sondern darauf, dass dieses Unternehmen für sein Produktionsverfahren denselben Rohstoff benötigte wie der Beihilfeempfänger.

61Im Übrigen ist das von der Kommission angeführte Urteil vom 6. November 2018, *Scuola Elementare Maria Montessori/Kommission*, *Kommission/Scuola Elementare Maria Montessori und Kommission/Ferracci* (C-622/16 P bis C-624/16 P, ECLI:EU:C:2018:873, Rn. 43), nicht maßgeblich. In Rn. 43 jenes Urteils ging es nämlich nicht um die Beteiligteigenschaft einer Person oder eines Unternehmens, sondern um die Frage, ob in Anbetracht eines Kommissionsbeschlusses, der die Wirkungen der fraglichen nationalen Maßnahmen, mit denen eine Beihilferegulation eingeführt worden war, unberührt gelassen hatte, die Rechtsstellung eines Beschwerdeführers unmittelbar berührt war, der geltend machte, durch diese Maßnahmen in eine nachteilige Wettbewerbssituation versetzt worden zu sein.

62Zweitens macht die Kommission geltend, das Gericht habe die Anerkennung der Beteiligteigenschaft des Rechtsmittelführers, wie sich aus Rn. 88 des angefochtenen Urteils ergebe, darauf gestützt, dass der Rechtsmittelführer möglicherweise über relevante Informationen verfüge. Die bloße Tatsache, dass eine Person über Informationen verfüge, die im Rahmen eines förmlichen Verfahrens relevant sein könnten, in dem geprüft werde, ob

eine Maßnahme eine rechtswidrige staatliche Beihilfe darstelle, reiche jedoch nicht aus, um die Beteiligteigenschaft dieser Person anzuerkennen.

63Es trifft zu, dass das Gericht in Rn. 86 des angefochtenen Urteils darauf verwiesen hat, der Rechtsmittelführer sei ein „Verein, dessen nicht gewinnorientierter Zweck in der Wiederherstellung und Förderung einer Motorsport-Rennstrecke am Nürburgring und der Wahrnehmung der kollektiven Interessen seiner Mitglieder besteht, von denen manche Sportveranstaltungen auf dieser Rennstrecke organisieren“, sowie darauf, dass die Interessen des Rechtsmittelführers „durch die Gewährung der Beihilfe - die nach Ansicht des [Rechtsmittelführers] in der zweiten [streitigen] Entscheidung hätte festgestellt werden müssen, da das Bietverfahren nicht offen, transparent, diskriminierungs- und bedingungsfrei gewesen sei und nicht dazu geführt habe, dass die Vermögenswerte des Nürburgrings zum Marktpreis an Capricorn verkauft worden seien - konkret beeinträchtigt worden sein könnten“.

64Aus Rn. 88 des angefochtenen Urteils geht jedoch hervor, dass das Gericht die Anerkennung des Rechtsmittelführers als „Beteiligter“ im Sinne von Art. 1 Buchst. h der Verordnung Nr. 659/1999 letztlich darauf gestützt hat, es sei „nicht auszuschließen, dass der [Rechtsmittelführer] angesichts seines Zwecks, der gerade in der Wiederherstellung und Förderung einer Motorsport-Rennstrecke am Nürburgring besteht, und aufgrund der Tatsache, dass er an der ersten Phase des Bietverfahrens teilgenommen und in diesem Rahmen zahlreiche Informationen über die Vermögenswerte des Nürburgrings zusammengetragen hat, in der Lage ist, der Kommission im Rahmen des förmlichen Prüfverfahrens nach Art. 108 Abs. 2 AEUV eine Stellungnahme vorzulegen, die sie in ihre Beurteilung des offenen, transparenten, diskriminierungs- und bedingungsfreien Charakters des Bietverfahrens und der Frage, ob die Vermögenswerte des Nürburgrings in diesem Rahmen zum Marktpreis veräußert wurden, zu integrieren haben könnte“.

65Wie der Generalanwalt in den Nrn. 33 und 34 seiner Schlussanträge im Wesentlichen ausgeführt hat, bedeutet indessen der Umstand, dass eine Person über Informationen verfügt, die im Rahmen eines förmlichen Verfahrens zur Prüfung einer Beihilfe relevant sein könnten, nicht, dass die Interessen der betreffenden Person aufgrund der Gewährung dieser Beihilfe beeinträchtigt sein können und dass sich diese Beihilfe auf die Situation dieser Person konkret auswirken kann, wie es die in Rn. 57 des vorliegenden Urteils angeführte Rechtsprechung verlangt. Folglich reicht der bloße Besitz relevanter Informationen nicht aus, um diese Person als Beteiligten einzustufen.

66Aus den dem Gerichtshof gemäß Art. 167 Abs. 2 seiner Verfahrensordnung übermittelten erstinstanzlichen Akten geht allerdings hervor, dass der Rechtsmittelführer vor dem Gericht u. a. geltend gemacht hatte, dass er ein Verein sei, der die Interessen des gesamten deutschen Motorsports im Zusammenhang mit der Nürburgring-Rennstrecke vertrete, dass sein zentrales Ziel darin bestehe, den Betrieb dieser Rennstrecke unter gemeinwohlorientierten wirtschaftlichen Bedingungen zu gewährleisten, die auch Amateursportlern Zugang zur Rennstrecke sicherten, und dass Capricorn ein auf Profitmaximierung ausgerichtetes Konzept verfolge, das mit den Zielen des Rechtsmittelführers unvereinbar sei.

67In Anbetracht dieses von der Kommission nicht bestrittenen Vorbringens ist anzuerkennen, dass die geltend gemachte Gewährung einer Beihilfe an Capricorn im Zusammenhang mit dem Erwerb des Nürburgrings die Interessen des Rechtsmittelführers

und seiner Mitglieder beeinträchtigen könnte, so dass er als „Beteiligter“ im Sinne von Art. 1 Buchst. h der Verordnung Nr. 659/1999 einzustufen ist.

68Der Antrag auf Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung ist folglich zulässig.

Zum dritten Rechtsmittelgrund

69Mit seinem dritten Rechtsmittelgrund wendet sich der Rechtsmittelführer gegen Rn. 83 des angefochtenen Urteils, in der das Gericht festgestellt hat, dass aus den gleichen Gründen, wie sie in Bezug auf die erste streitige Entscheidung dargelegt worden seien, weder der Rechtsmittelführer selbst noch eines seiner Mitglieder als von der zweiten streitigen Entscheidung individuell betroffen angesehen werden könne.

70Dieser Rechtsmittelgrund bezieht sich auf Gründe des angefochtenen Urteils, die dessen Tenor nicht tragen. Wie sich nämlich aus Rn. 93 des angefochtenen Urteils ergibt, hat das Gericht entschieden, dass der Rechtsmittelführer zur Klage auf Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung befugt sei. Wie aus Rn. 68 des vorliegenden Urteils hervorgeht, ist diese Schlussfolgerung nicht zu beanstanden.

71Folglich ist der dritte Rechtsmittelgrund als ins Leere gehend zurückzuweisen.

Zum vierten Rechtsmittelgrund

72Der vierte Rechtsmittelgrund gliedert sich in fünf Teile. In einem ersten Schritt sind der zweite, der vierte und der fünfte Teil dieses Rechtsmittelgrundes zu prüfen.

- Vorbringen der Parteien

73Mit dem zweiten Teil des vierten Rechtsmittelgrundes macht der Rechtsmittelführer geltend, das Gericht habe in den Rn. 152 bis 156 des angefochtenen Urteils ein Schreiben der Deutschen Bank AG vom 10. März 2014, das das Angebot von Capricorn gestützt habe, verfälscht, als es festgestellt habe, es sei nicht ersichtlich, dass die Kommission Zweifel an der Verbindlichkeit dieses Schreibens hätte haben müssen. Der Rechtsmittelführer habe vor dem Gericht darauf hingewiesen, dass das Schreiben auf der letzten Seite einen „wichtigen Hinweis“ enthalte, aus dem hervorgehe, dass die im Schreiben dargelegten Bestimmungen und Konditionen keine rechtlich bindenden Verpflichtungen schaffen sollten. Dieses Verständnis werde durch weitere Stellen dieses Hinweises bestätigt. Hätte das Gericht den Inhalt des Schreibens der Deutschen Bank vom 10. März 2014 nicht verfälscht, hätte es feststellen müssen, dass die Deutsche Bank nicht der Auffassung gewesen sei, an dieses Schreiben gebunden zu sein.

74Im Rahmen des vierten Teils des vierten Rechtsmittelgrundes macht der Rechtsmittelführer geltend, die Feststellung des Gerichts in Rn. 166 des angefochtenen Urteils, dass nach dem 11. März 2014 eingetretene Umstände für die Prüfung der Frage, ob Capricorn im Bietverfahren möglicherweise eine Beihilfe gewährt worden sei, nicht maßgeblich seien, zeuge von einem Rechtsfehler und einer Verfälschung der Beweise durch das Gericht und sei zudem mangelhaft begründet.

75Der Kommission hätten beim Erlass der zweiten streitigen Entscheidung detaillierte Informationen und Indizien vorgelegen, die belegten, dass Capricorn in einem intransparenten und diskriminierenden Bietverfahren, in dem ihr trotz fehlender Solvenz der Zuschlag für die Vermögenswerte des Nürburgrings erteilt worden sei, einen ungerechtfertigten Vorteil erlangt habe. Diese Informationen hätten die Kommission dazu veranlassen müssen, das förmliche Prüfverfahren zu eröffnen, und zwar, entgegen den Ausführungen des Gerichts in Rn. 167 des angefochtenen Urteils, auch ohne eine neue Beschwerde des Rechtsmittelführers.

76Der fünfte Teil des vierten Rechtsmittelgrundes betrifft die Rn. 173 bis 176 des angefochtenen Urteils, in denen das Gericht die in den Rn. 170 und 171 jenes Urteils zusammengefassten Argumente des Rechtsmittelführers zurückgewiesen hat. Der Rechtsmittelführer trägt vor, das Gericht habe seine Argumente in Rn. 170 des angefochtenen Urteils lediglich zusammengefasst, ohne sich mit ihnen auseinanderzusetzen und eine Begründung für ihre Zurückweisung zu liefern. Gleiches gelte für sein Vorbringen zu dem in Rn. 171 des angefochtenen Urteils erwähnten Pachtvertrag über die Vermögenswerte des Nürburgrings. Das Gericht habe sich auf den Hinweis beschränkt, dass der Pachtzins an eine von den Veräußerern unabhängige Gesellschaft gezahlt worden sei und dass der Kaufpreis der Vermögenswerte des Nürburgrings um den Betrag der Pachtzahlungen reduziert worden sei, die bis zum Tag des Vollzugs des Verkaufs auf den Kaufpreis angerechnet worden seien. Das Gericht habe ohne Begründung lediglich festgestellt, dass die Kommission in Bezug auf das Vorliegen eines ungerechtfertigten Vorteils keine Bedenken hätte haben müssen, was eine Verfälschung der vom Rechtsmittelführer vorgelegten Beweise darstelle und von einem Rechtsfehler bei der Anwendung von Art. 107 und Art. 108 Abs. 3 AEUV zeuge.

77Die Kommission macht in erster Linie geltend, der zweite Teil des vierten Rechtsmittelgrundes sei wirkungslos. Die vom Rechtsmittelführer nicht bestrittenen Feststellungen in den Rn. 152, 154 und 155 des angefochtenen Urteils reichten aus, um die Erwägungen des Gerichts, wonach nicht ersichtlich sei, dass die Kommission Zweifel an der Verbindlichkeit des Schreibens der Deutschen Bank vom 10. März 2014 hätte haben müssen, selbst dann zu tragen, wenn das Gericht in Rn. 153 dieses Urteils die Tatsachen verfälscht haben sollte.

78Jedenfalls sei der zweite Teil des vierten Rechtsmittelgrundes unbegründet. Im Schreiben der Deutschen Bank vom 10. März 2014 werde mehrfach der Ausdruck „Zusage“ verwendet. Tatsächlich beanstandete der Rechtsmittelführer nur die Auslegung dieses Ausdrucks durch das Gericht vor dem Hintergrund anderer Aussagen in diesem Schreiben. Dies gehöre aber zur freien Würdigung des Sachverhalts durch das Gericht, die auch die Auslegung von nach nationalem Recht geschlossenen Verträgen umfasse.

79Der vierte Teil des vierten Rechtsmittelgrundes beruht nach Ansicht der Kommission auf einem falschen Verständnis der Rn. 165 bis 169 des angefochtenen Urteils. Das Gericht habe darin die Frage verneint, ob die in Rn. 163 jenes Urteils zusammengefasste Behauptung des Rechtsmittelführers, dass Capricorn am 13. August 2014 in einem intransparenten Verfahren des Weiterverkaufs der Vermögenswerte des Nürburgrings durch einen Untererwerber ersetzt worden sei, in der zweiten streitigen Entscheidung hätte geprüft werden müssen. Diese Antwort sei zutreffend, da Umstände, die erst nach dem Verkauf der Vermögenswerte des Nürburgrings eingetreten seien, für die Beurteilung der Frage, ob sich der Insolvenzverwalter des Nürburgrings bei diesem Verkauf wie ein marktwirtschaftlich handelnder Kapitalgeber verhalten habe, nicht relevant seien. Ein solcher Kapitalgeber hätte Tatsachen wie die vom Rechtsmittelführer vorgetragenen, die sich erst nach Abschluss des Kaufvertrags ereignet hätten, nicht berücksichtigen können. Selbst wenn die Kommission beim Erlass der zweiten streitigen Entscheidung über die vom Rechtsmittelführer angeführten Informationen verfügt hätte, wären diese für die Anwendung des Grundsatzes des marktwirtschaftlich handelnden Verkäufers auf den zwischen dem Insolvenzverwalter des Nürburgrings und Capricorn geschlossenen Kaufvertrag vom 11. März 2014 ohne jede Relevanz.

80Schließlich trägt die Kommission zum fünften Teil des vierten Rechtsmittelgrundes vor, dass das in den Rn. 170 und 171 des angefochtenen Urteils zusammengefasste Vorbringen des Rechtsmittelführers die Erfüllung des Kriteriums des marktwirtschaftlich handelnden Verkäufers nicht in Frage stelle. Insbesondere bezögen sich die in Rn. 170 jenes Urteils zusammengefassten Argumente auf Ereignisse, die erst nach Abschluss des Kaufvertrags eingetreten seien. Gleiches gelte für den in Rn. 171 des angefochtenen Urteils erwähnten Abschluss eines Pachtvertrags. In den Rn. 173 und 174 seines Urteils habe das Gericht eine knappe, aber klare Begründung für die Zurückweisung dieser Argumente angegeben. Es sei logisch gewesen, dass das Gericht auf die Rn. 138 bis 158 des angefochtenen Urteils verwiesen habe, da das Gericht dort dargelegt habe, dass der Kaufpreis für die Vermögenswerte des Nürburgrings in einem offenen und transparenten Bietverfahren ermittelt worden sei und kein Zweifel an der Finanzierung des ausgewählten Angebots bestanden habe. Was das Vorbringen des Rechtsmittelführers zu einer Verfälschung von Beweisen anbelange, sei nicht nachvollziehbar, auf welcher Grundlage diese Behauptung beruhe, zumal der Rechtsmittelführer selbst anerkenne, dass das Gericht seine Argumente in den Rn. 170 und 171 des angefochtenen Urteils zutreffend zusammengefasst habe.

- Würdigung durch den Gerichtshof

81Vorab ist klarzustellen, dass der zweite Teil des vierten Rechtsmittelgrundes entgegen dem Vorbringen der Kommission nicht nur Rn. 153, sondern auch die Rn. 152 und 154 bis 156 des angefochtenen Urteils betrifft. Er kann daher nicht als ins Leere gehend zurückgewiesen werden.

82Zum Zweck der Prüfung dieses zweiten Teils ist darauf hinzuweisen, dass, wie sich aus Rn. 151 des angefochtenen Urteils ergibt, den am Erwerb der Vermögenswerte des Nürburgrings interessierten Investoren mitgeteilt wurde, dass sie u. a. nach der Abschlusswahrscheinlichkeit der Transaktion ausgewählt würden. Einer der insoweit zu berücksichtigenden Faktoren war die durch eine Finanzierungsbestätigung des Finanzierungspartners belegte Finanzierungssicherheit ihres Angebots.

83Aus den Erwägungsgründen 50, 273 und 278 des abschließenden Beschlusses geht hervor, dass die Kommission der Ansicht war, die Finanzierung des Angebots von Capricorn sei gesichert, da Capricorn das Schreiben der Deutschen Bank vom 10. März 2014 vorgelegt habe, das verbindlich sei.

84In den Rn. 152 bis 155 des angefochtenen Urteils hat das Gericht untersucht, ob die von der Kommission vorgenommene Prüfung, die an die Analyse der deutschen Behörden anknüpfte, geeignet war, Zweifel an der Verbindlichkeit dieses Schreibens auszuschließen. In Rn. 156 des Urteils ist es zu dem Ergebnis gelangt, dass dies der Fall sei.

85Daher ist zu prüfen, ob das Gericht, wie der Rechtsmittelführer geltend macht, im Rahmen dieser Prüfung den Inhalt des genannten Schreibens verfälscht hat.

86Insoweit ist darauf hinzuweisen, dass eine Verfälschung von Beweisen gegeben ist, wenn ohne die Erhebung neuer Beweise die Würdigung der vorliegenden Beweismittel offensichtlich unzutreffend ist (Urteile vom 18. Januar 2007, PKK und KNK/Rat, [C-229/05 P](#), [ECLI:EU:C:2007:32](#), Rn. 37, sowie vom 18. Juli 2007, Industrias Químicas del Vallés/Kommission, [C-326/05 P](#), [ECLI:EU:C:2007:443](#), Rn. 60).

87Im vorliegenden Fall ergibt sich aus dem Schreiben der Deutschen Bank vom 10. März 2014, wie es von der Kommission vor dem Gericht vorgelegt wurde und sich in den erstinstanzlichen Akten befindet, dass es auf der ersten Seite einen klaren Hinweis enthält,

wonach die in diesem Schreiben enthaltene „Zusage“ vorbehaltlich der Konditionen erfolgt, die u. a. in dem diesem Schreiben als Anhang A beigefügten „Termsheet“ dargelegt werden.

88Wie der Rechtsmittelführer zu Recht geltend macht, enthält dieser Anhang jedoch einen „wichtigen Hinweis“, in dem es namentlich heißt: „Dieses Termsheet dient lediglich Gesprächszwecken und soll keine rechtlich bindenden Verpflichtungen zwischen uns schaffen. ... Wir übernehmen daher keinerlei Haftung für irgendwelche direkten, Folge- oder sonstigen Schäden, die durch das Vertrauen auf dieses Dokument entstehen.“

89Aus diesen Angaben geht offensichtlich hervor, dass mit dem Schreiben der Deutschen Bank vom 10. März 2014 keine verbindliche Finanzierungsverpflichtung zulasten der Bank, die das Schreiben verfasst hat, und zugunsten von Capricorn begründet wurde.

90Diese Schlussfolgerung wird im Übrigen durch den Hinweis in Abschnitt 9 („Geltendes Recht und Gerichtsbarkeit“) auf S. 6 dieses Schreibens bestätigt, in dem auf „jegliche nicht vertraglichen Verpflichtungen“ Bezug genommen wird, die aus diesem Schreiben entstehen. Vertragliche Verpflichtungen werden nicht erwähnt, nämlich gerade, weil das Schreiben keine derartigen Verpflichtungen begründen sollte.

91Insoweit ist unerheblich, dass es, wie das Gericht in den Rn. 152 und 153 des angefochtenen Urteils festgestellt hat, in demselben Schreiben heißt, dass die Deutsche Bank „bereit“ sei, Capricorn ein Darlehen in Höhe von 45 Mio. Euro zu gewähren, und dass mehrfach von der „Zusage“ der Deutschen Bank gegenüber Capricorn die Rede ist. Aus den in Rn. 88 des vorliegenden Urteils wiedergegebenen Angaben geht nämlich klar hervor, dass mit dieser „Zusage“ keine rechtsverbindlichen Finanzierungsverpflichtungen begründet wurden, genauso wenig wie mit den früheren Schreiben der Deutschen Bank, die das Gericht in Rn. 154 des angefochtenen Urteils erwähnt hat. Der Umstand, dass die Unverbindlichkeit des Schreibens der Deutschen Bank vom 10. März 2014 mit anderen Worten als in diesen früheren Schreiben zum Ausdruck gebracht wurde, stellt diese Schlussfolgerung nicht in Frage.

92Folglich hat das Gericht, wie der Rechtsmittelführer mit dem zweiten Teil des vierten Rechtsmittelgrundes geltend macht, den Inhalt des Schreibens der Deutschen Bank vom 10. März 2014 verfälscht, so dass dieser zweite Teil begründet ist.

93Im Rahmen des vierten Teils des vierten Rechtsmittelgrundes rügt der Rechtsmittelführer im Wesentlichen, dem Gericht sei ein Rechtsfehler unterlaufen, als es in Rn. 166 des angefochtenen Urteils sein in dessen Rn. 162 und 163 zusammengefasstes Vorbringen zurückgewiesen habe.

94Wie der Generalanwalt in Nr. 108 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, hat der Rechtsmittelführer vor dem Gericht im Wesentlichen geltend gemacht, dass Capricorn und die Veräußerer nach Abschluss des am 11. März 2014 erfolgten Verkaufs der Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn eine Garantievereinbarung über die Zahlung der Raten des Verkaufspreises geschlossen hätten, die die Möglichkeit vorgesehen habe, dass diese Vermögenswerte im Fall der fortgesetzten Nichtzahlung der zweiten Rate des Verkaufspreises weiterverkauft werden müssten, was sodann tatsächlich geschehen sei.

95In Rn. 166 des angefochtenen Urteils hat das Gericht darauf hingewiesen, dass die Beihilfe, die nach Ansicht des Rechtsmittelführers von der Kommission in der zweiten streitigen Entscheidung hätte festgestellt werden müssen, am 11. März 2014 an Capricorn gewährt worden wäre, dem Datum des Verkaufs der fraglichen Vermögenswerte an Capricorn zu einem angeblich niedrigeren Preis als dem Marktpreis. Das Gericht hat daraus geschlossen,

dass nach diesem Datum liegende Umstände für die Prüfung der Frage, ob Capricorn im Bietverfahren möglicherweise eine Beihilfe gewährt worden sei, nicht maßgeblich seien. In Rn. 167 des angefochtenen Urteils hat das Gericht hinzugefügt, dass der Rechtsmittelführer, wenn er gewünscht habe, dass die Kommission auch eine neue, sich aus der angeblichen Fortführung des Veräußerungsverfahrens ergebende Beihilfe prüfen möge, insoweit eine neue Beschwerde hätte einlegen müssen.

96Insoweit trifft es zu, dass, wenn davon auszugehen sein sollte, dass Capricorn eine Beihilfe gewährt wurde, die der Differenz zwischen dem Marktpreis der Vermögenswerte des Nürburgrings und dem von Capricorn im Rahmen eines Bietverfahrens, das nicht den Anforderungen der Offenheit, der Transparenz, der Bedingungs- und der Diskriminierungsfreiheit genüge, gezahlten Kaufpreis entspricht, eine solche Beihilfe notwendigerweise am 11. März 2014 gewährt worden wäre, also an dem Tag, an dem Capricorn der Zuschlag für diese Vermögenswerte erteilt und der entsprechende Kaufvertrag unterzeichnet wurde.

97Anders als das Gericht in Rn. 166 des angefochtenen Urteils angenommen hat, bedeutet dies jedoch nicht, dass nach diesem Zeitpunkt eingetretene Umstände für die Beurteilung der Frage, ob eine solche Beihilfe tatsächlich gewährt worden war, definitionsgemäß völlig unerheblich waren.

98Die Rechtmäßigkeit einer Entscheidung im Bereich staatlicher Beihilfen ist nämlich anhand der Informationen zu beurteilen, über die die Kommission bei Erlass der Entscheidung verfügen konnte (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 20. September 2017, Kommission/Frucona Košice, C-300/16 P, ECLI:EU:C:2017:706, Rn. 70 und die dort angeführte Rechtsprechung). Wie der Generalanwalt in den Nrn. 102 und 103 seiner Schlussanträge im Wesentlichen ausgeführt hat, endet die Vorprüfungsphase im Bereich staatlicher Beihilfen mit dem Erlass einer der in Art. 4 der Verordnung Nr. 659/1999 genannten Entscheidungen durch die Kommission, so dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich nach dem Ende des Bietverfahrens, aber vor dem Erlass der damit zusammenhängenden Entscheidung der Kommission neue prüfungsrelevante Aspekte ergeben.

99Insbesondere war, wie sich aus den Rn. 82 und 83 des vorliegenden Urteils ergibt, die gesicherte Finanzierung des Angebots von Capricorn zumindest einer der Faktoren, aufgrund deren der Zuschlag für die Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn erteilt wurde.

100Die vom Rechtsmittelführer geltend gemachten, in Rn. 94 des vorliegenden Urteils zusammengefassten Tatsachen könnten aber im Fall ihrer Richtigkeit, obwohl sie erst nach der Zuschlagserteilung für die Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn eingetreten sind, Zweifel daran wecken, ob die Verantwortlichen des Bietverfahrens die Finanzierung des Angebots von Capricorn zu Recht für gesichert gehalten haben, und damit Zweifel daran, ob dieses Verfahren transparent und diskriminierungsfrei war, wobei zu berücksichtigen ist, dass laut Rn. 157 des angefochtenen Urteils ein anderes Angebot wegen fehlenden Finanzierungsnachweises ausgeschlossen wurde.

101Es stellt sich nämlich die Frage, warum Capricorn, wenn sie über eine gesicherte Finanzierung ihres Angebots verfügte, neue Verhandlungen über die Ratenzahlung des Kaufpreises führen musste und letztlich die zweite Rate nicht zahlen konnte, was zum Weiterverkauf der Vermögenswerte des Nürburgrings führte.

102Demzufolge hat das Gericht einen Rechtsfehler begangen, als es die vom Rechtsmittelführer geltend gemachten, in Rn. 94 des vorliegenden Urteils

zusammengefassten Tatsachen allein mit der Begründung als unerheblich ansah, dass sie nach der Veräußerung der Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn eingetreten seien. Folglich ist der vierte Teil des vierten Rechtsmittelgrundes begründet.

103Schließlich macht der Rechtsmittelführer mit dem fünften Teil des vierten Rechtsmittelgrundes im Wesentlichen geltend, das Gericht habe die Zurückweisung seines in den Rn. 170 und 171 des angefochtenen Urteils zusammengefassten Vorbringens in den Rn. 173 bis 176 jenes Urteils überhaupt nicht oder jedenfalls unzulänglich begründet.

104Hierzu ist festzustellen, dass das Gericht in Rn. 170 des angefochtenen Urteils vier Argumente zusammengefasst hat, die der Rechtsmittelführer im Rahmen des dritten Teils seines dritten Klagegrundes vorgebracht hatte. Dem Gericht zufolge sollte mit diesen Argumenten dargetan werden, dass sowohl der Preis für den Erwerb der Vermögenswerte des Nürburgrings durch Capricorn als auch die entsprechenden Zahlungsmodalitäten Beihilfenelemente enthalten hätten, da erstens 6 Mio. Euro des Bruttobetriebsüberschusses des Betreibers des Nürburgrings auf den Verkaufspreis hätten angerechnet werden müssen, obwohl dieser Betreiber im Jahr 2013 hinsichtlich der Vermögenswerte des Nürburgrings eine Gewinnerwartung von null angegeben habe, zweitens die zweite Kaufpreisrate gestundet worden sei, drittens die im Kaufvertrag für den Fall des Zahlungsausfalls vorgesehene Vertragsstrafe in Höhe von 25 Mio. Euro nicht gezogen worden sei und viertens die Vermögenswerte des Nürburgrings in einem intransparenten Verfahren auf einen Untererwerber übertragen worden seien.

105In Rn. 171 des angefochtenen Urteils hat das Gericht ein weiteres Argument zusammengefasst, das der Rechtsmittelführer in diesem Zusammenhang vorgebracht hatte, nämlich dass der Vertrag, mit dem die Vermögenswerte des Nürburgrings für einen Zeitraum ab dem 1. Januar 2015 an Capricorn verpachtet worden seien, um eine Übergangssituation zu gestalten, die dem möglichen Eintritt der Bedingung entsprochen habe, unter der die Veräußerung der Vermögenswerte des Nürburgrings gestanden habe, nämlich dem Erlass einer Kommissionsentscheidung, die jedes Risiko ausschließe, dass der Erwerber der Vermögenswerte zur Rückzahlung der Beihilfen an die Veräußerer verpflichtet sein könnte, seinerseits keinem offenen, transparenten, diskriminierungs- und bedingungsfreien Bietverfahren unterzogen worden sei, so dass die Pachtzinsen nicht dem Marktpreis entsprächen und neue Beihilfenelemente enthielten. Zwischen den Veräußerern und Capricorn sei vereinbart worden, dass die Pachtzinsen bis zum Tag des Vollzugs des Verkaufs auf den Kaufpreis der Vermögenswerte des Nürburgrings angerechnet würden.

106Bezüglich dieser Argumente hat das Gericht in Rn. 173 des angefochtenen Urteils lediglich festgestellt, dass „[a]us den ... in den Rn. 138 bis 158 [jenes Urteils] dargelegten Gründen ... nicht anzunehmen [ist], dass die Kommission Bedenken hinsichtlich der Transparenz und der Diskriminierungsfreiheit des Bietverfahrens hätte haben müssen“. In Rn. 174 des Urteils hat es hinzugefügt, dass aus denselben Gründen auch folge, dass „die von der Kommission vorgenommene Prüfung, die zum Erlass der zweiten [streitigen] Entscheidung geführt hat, geeignet war, Bedenken dahin gehend auszuschließen, dass dem Erwerber im Rahmen des Pachtvertrags über die Vermögenswerte des Nürburgrings oder der sonstigen Modalitäten der Zahlung des Kaufpreises dieser Vermögenswerte ein Vorteil gewährt wurde“.

107Wie der Generalanwalt in Nr. 115 seiner Schlussanträge ausgeführt hat, geht diese Begründung entgegen den Anforderungen der in Rn. 36 des vorliegenden Urteils angeführten Rechtsprechung nicht einmal implizit auf die in den Rn. 170 und 171 des angefochtenen

Urteils zusammengefassten Argumente des Rechtsmittelführers ein und ermöglicht es nicht, die Erwägungen des Gerichts so weit zu verstehen, dass die Betroffenen die Gründe für die getroffene Entscheidung erkennen können und der Gerichtshof seine Kontrollfunktion wahrnehmen kann.

108Die in den Rn. 138 bis 158 des angefochtenen Urteils dargelegten Gründe, auf die das Gericht in Rn. 173 jenes Urteils verwiesen hat, betreffen nämlich zum einen den intransparenten und diskriminierenden Charakter des Bietverfahrens im Hinblick insbesondere auf die mangelnde Transparenz der Finanzkennzahlen, die mangelnde Transparenz und Diskriminierungsfreiheit der Bewertungskriterien und ihrer Handhabung sowie die Fortführung des Veräußerungsprozesses nach der Übertragung der Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn, und zum anderen die Frage der Finanzierung des Angebots von Capricorn. Sie lassen daher nicht erkennen, warum die in den Rn. 170 und 171 des angefochtenen Urteils zusammengefassten Argumente des Rechtsmittelführers zurückgewiesen wurden.

109Somit weist das angefochtene Urteil hinsichtlich der Zurückweisung dieser Argumente durch das Gericht einen Begründungsmangel auf. Folglich ist der fünfte Teil des vierten Rechtsmittelgrundes begründet.

110Unter diesen Umständen ist, ohne dass der erste und der dritte Teil des vierten Rechtsmittelgrundes oder der fünfte Rechtsmittelgrund geprüft werden müssten, dem Rechtsmittel stattzugeben und das angefochtene Urteil aufzuheben, soweit das Gericht darin den Antrag auf Nichtigklärung der zweiten streitigen Entscheidung zurückgewiesen hat.

Zur Klage vor dem Gericht

111Nach Art. 61 Abs. 1 Satz 2 der Satzung des Gerichtshofs der Europäischen Union kann der Gerichtshof im Fall einer Aufhebung der Entscheidung des Gerichts den Rechtsstreit selbst endgültig entscheiden, wenn er zur Entscheidung reif ist.

112Im vorliegenden Fall ist insbesondere angesichts des Umstands, dass die vom Rechtsmittelführer in der Rechtssache T-373/15 erhobene Nichtigkeitsklage auf Klagegründe gestützt ist, die vor dem Gericht streitig erörtert wurden und deren Prüfung keine weitere prozessleitende Maßnahme oder Beweisaufnahme erfordert, davon auszugehen, dass die Klage entscheidungsreif ist und endgültig über sie zu entscheiden ist (vgl. entsprechend Urteil vom 8. September 2020, Kommission und Rat/Carreras Sequeros u. a., C-119/19 P und C-126/19 P, ECLI:EU:C:2020:676, Rn. 130), soweit der Rechtsstreit noch beim Gerichtshof anhängig ist, nämlich hinsichtlich des Antrags auf Nichtigklärung der zweiten streitigen Entscheidung (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 1. Juli 2008, Chronopost und La Poste/UFEX u. a., C-341/06 P und C-342/06 P, ECLI:EU:C:2008:375, Rn. 134).

113Die zweite streitige Entscheidung ist eine auf Art. 4 Abs. 3 der Verordnung Nr. 659/1999 beruhende Entscheidung, keine Einwände zu erheben, deren Rechtmäßigkeit davon abhängt, ob Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der fraglichen Beihilfe mit dem Binnenmarkt bestehen.

114Da solche Bedenken in die Eröffnung eines förmlichen Prüfverfahrens münden müssen, an dem die Beteiligten im Sinne von Art. 1 Buchst. h der Verordnung Nr. 659/1999 teilnehmen können, ist davon auszugehen, dass jeder Beteiligte im Sinne dieser letztgenannten Bestimmung von einer solchen Entscheidung unmittelbar und individuell betroffen ist. Die Personen, denen die Verfahrensgarantien nach Art. 108 Abs. 2 AEUV und Art. 6 Abs. 1 der Verordnung Nr. 659/1999 zugutekommen, können deren Beachtung

nämlich nur durchsetzen, wenn sie die Möglichkeit haben, die Entscheidung, keine Einwände zu erheben, vor dem Unionsrichter anzufechten (Urteil vom 24. Mai 2011, Kommission/Kronoply und Kronotex, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, Rn. 47 sowie die dort angeführte Rechtsprechung).

115Insoweit ist darauf hinzuweisen, dass es zwar nicht Sache des Unionsrichters ist, eine Klage, mit der ausschließlich die Begründetheit einer Entscheidung über die Beurteilung einer Beihilfe als solche in Frage gestellt wird, dahin auszulegen, dass sie in Wirklichkeit auf die Wahrung der dem Kläger nach Art. 108 Abs. 2 AEUV zustehenden Verfahrensrechte abzielt, wenn der Kläger nicht ausdrücklich einen darauf gerichteten Klagegrund vorgebracht hat, da sonst der Gegenstand dieser Klage verändert würde (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 24. Mai 2011, Kommission/Kronoply und Kronotex, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, Rn. 55). Beantragt ein Kläger die Nichtigerklärung einer Entscheidung, keine Einwände zu erheben, rügt er jedoch im Wesentlichen, dass die Entscheidung über die Beihilfe unter Verletzung seiner Verfahrensrechte getroffen worden sei, ohne dass die Kommission das förmliche Prüfverfahren gemäß Art. 108 Abs. 2 AEUV eröffnet habe, obwohl sie aufgrund von Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit dieser Beihilfe mit dem Binnenmarkt dazu verpflichtet gewesen sei. Um mit seiner Klage durchzudringen, kann der Kläger daher, ohne dass der Gegenstand der Klage dadurch verändert würde, jeden Klagegrund anführen, der geeignet ist, zu zeigen, dass die Beurteilung der Informationen und Angaben, über die die Kommission in der Phase der vorläufigen Prüfung verfügte, Anlass zu solchen Bedenken hätte geben müssen. Daraus folgt, dass der Unionsrichter Sachargumente eines Klägers prüfen kann, um festzustellen, ob sie auch Bestandteile aufweisen, die einen ebenfalls von diesem Kläger vorgebrachten Klagegrund stützen, mit dem ausdrücklich das Bestehen von Bedenken geltend gemacht wird, die die Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens gerechtfertigt hätten (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 24. Mai 2011, Kommission/Kronoply und Kronotex, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, Rn. 56 und 59).

116Im vorliegenden Fall ist die Eigenschaft des Rechtsmittelführers als „Beteiligter“ im Sinne von Art. 1 Buchst. h der Verordnung Nr. 659/1999 bereits in Rn. 67 des vorliegenden Urteils anerkannt worden. Der Rechtsmittelführer hat seine Klage auf neun Gründe gestützt. Mit Ausnahme des siebten Klagegrundes, der den Antrag auf Nichtigerklärung der ersten streitigen Entscheidung stützt, werden die übrigen Klagegründe zur Stützung des Antrags auf Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung geltend gemacht.

117Mit dem fünften und dem achten Klagegrund wird ausdrücklich gerügt, die Verfahrensrechte des Rechtsmittelführers seien dadurch verletzt worden, dass die Kommission das förmliche Prüfverfahren nach Art. 108 Abs. 2 AEUV nicht eingeleitet habe, obwohl die Tatsache, dass die Vermögenswerte des Nürburgrings unter dem Marktpreis veräußert worden seien, sie zu der Annahme hätte führen müssen, dass dem Erwerber eine Beihilfe gewährt worden sei.

118Zur Entscheidung über diese Klagegründe sind gemäß der in Rn. 115 des vorliegenden Urteils angeführten Rechtsprechung in einem ersten Schritt gemeinsam der erste und der dritte Teil des ersten Klagegrundes sowie der zweite Klagegrund zu prüfen, mit denen im Wesentlichen geltend gemacht wird, die Kommission habe die Bestätigung der Finanzierung des Angebots von Capricorn fehlerhaft beurteilt.

Vorbringen der Parteien

119Mit dem ersten und dem dritten Teil seines ersten Klagegrundes sowie mit seinem zweiten Klagegrund macht der Rechtsmittelführer geltend, dass die Feststellung der

Kommission in den Erwägungsgründen 50, 51, 266, 271 und 273 des abschließenden Beschlusses, wonach Capricorn eine Finanzierungszusage der Deutschen Bank über ein Darlehen in Höhe von 45 Mio. Euro vorgelegt habe, offensichtlich fehlerhaft sei, da aus dem Wortlaut des Schreibens der Deutschen Bank vom 10. März 2014 hervorgehe, dass dieses nicht verbindlich gewesen sei.

120 Zudem werde durch Fn. 79 des abschließenden Beschlusses belegt, dass die Kommission Kenntnis von der in Rn. 94 des vorliegenden Urteils erwähnten Vereinbarung gehabt habe, die am 13. August 2014 zwischen dem Insolvenzverwalter des Nürburgrings, den Veräußerern und Capricorn geschlossen worden sei und u. a. vorgesehen habe, dass die Zahlung der zweiten Rate des Verkaufspreises durch Capricorn gestundet werde. Diese Vereinbarung zeige, dass für das Angebot von Capricorn keine Finanzierungsbestätigung vorgelegen habe.

121 Die Kommission tritt diesem Vorbringen entgegen. Sie verweist auf den Wortlaut des Schreibens der Deutschen Bank vom 10. März 2014, in dem u. a. mehrfach von einer „Zusage“ der Deutschen Bank die Rede sei. Daher habe sie dieses Schreiben nicht offensichtlich fehlerhaft gewürdigt.

122 Zur Vereinbarung vom 13. August 2014 führt sie aus, dass sie beim Erlass des abschließenden Beschlusses nicht im Besitz des Wortlauts dieser Vereinbarung gewesen sei, die ihr im Rahmen des Verfahrens nicht übermittelt worden sei. Die Beschreibung in Fn. 79 des abschließenden Beschlusses beruhe auf einer Mitteilung der Bundesrepublik Deutschland. Jedenfalls habe sie die zweite streitige Entscheidung nicht darauf gestützt, dass der Finanzierungsnachweis durch die Deutsche Bank zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Entscheidung noch bestanden habe.

Würdigung durch den Gerichtshof

123 Um auszuschließen, dass Capricorn eine rechtswidrige Beihilfe gewährt wurde, als sie die Vermögenswerte des Nürburgrings erwarb, musste sich die Kommission vergewissern, dass dieser Erwerb zu einem dem Marktpreis entsprechenden Preis erfolgte, was der Fall wäre, wenn bestätigt werden könnte, dass das Bietverfahren offen, transparent, diskriminierungs- und bedingungsfrei war.

124 Wie bereits in Rn. 82 des vorliegenden Urteils ausgeführt, war einer der Faktoren, die bei der Auswahl des Erwerbers der Vermögenswerte des Nürburgrings berücksichtigt wurden, die Bestätigung der Finanzierung seines Angebots.

125 Aus dem 116. Erwägungsgrund des abschließenden Beschlusses geht nämlich hervor, dass ein anderer Bieter, der eine Beschwerde bei der Kommission eingelegt habe, im Rahmen des Bietverfahrens einen Kaufpreis für sämtliche Vermögenswerte des Nürburgrings geboten habe, der höher als der von Capricorn gebotene Kaufpreis gewesen sei. Dem 272. Erwägungsgrund des abschließenden Beschlusses zufolge wurde dieses Angebot jedoch abgelehnt, weil kein Finanzierungsnachweis vorgelegt worden sei.

126 Gemäß dem 273. Erwägungsgrund des abschließenden Beschlusses wurde davon ausgegangen, dass nur zwei Angebote über eine gesicherte Finanzierung verfügten, nämlich das Angebot von Capricorn und das eines anderen Bieters. Da jedoch sowohl der Betrag der gesicherten Finanzierung, über die dieser andere Bieter verfügt habe, als auch der von ihm gebotene Kaufpreis niedriger gewesen seien als bei Capricorn, sei letztlich das Angebot von Capricorn ausgewählt worden.

127Sollte sich herausstellen, dass irrigerweise angenommen wurde, dass Capricorn über eine bestätigte Finanzierung für ihr Angebot verfügte, obwohl dies in Wirklichkeit nicht der Fall war, könnte dieser Umstand folglich insbesondere Zweifel an der Diskriminierungsfreiheit des Bietverfahrens aufkommen lassen, da er belegen könnte, dass Capricorn eine Vorzugsbehandlung erhalten hat und ihr Angebot im Unterschied zu einem anderen Bieter, der keine bestätigte Finanzierung für sein Angebot nachweisen konnte, nicht abgelehnt wurde.

128Falls hinsichtlich der Frage, ob die Finanzierung des Angebots von Capricorn bestätigt war, Zweifel bestanden, die nicht ausgeräumt werden konnten, war die Kommission daher verpflichtet, das förmliche Prüfverfahren zu eröffnen, und konnte keine Entscheidung, keine Einwände zu erheben, wie die zweite streitige Entscheidung erlassen.

129Es ist festzustellen, dass die vom Rechtsmittelführer angeführten Gesichtspunkte das Bestehen solcher Zweifel belegen.

130Zum einen konnte die Kommission aus den in den Rn. 87 bis 91 des vorliegenden Urteils dargelegten Gründen nicht davon ausgehen, dass das Schreiben der Deutschen Bank vom 10. März 2014 eine verbindliche Finanzierungszusage enthielt.

131Zum anderen geht, wie der Rechtsmittelführer geltend macht, aus Fn. 79 des abschließenden Beschlusses hervor, dass Capricorn die zweite Rate des Kaufpreises nicht fristgerecht gezahlt hat und dass die Zahlung dieser Rate durch eine am 13. August 2014 zwischen dem Insolvenzverwalter des Nürburgrings, den Veräußerern und Capricorn geschlossene Vereinbarung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurde, wobei von Capricorn im Gegenzug die Zahlung von Verzugszinsen und die Stellung weiterer Sicherheiten verlangt wurden. Wäre die Finanzierung ihres Angebots tatsächlich gesichert gewesen, wäre Capricorn aber logischerweise in der Lage gewesen, die zweite Rate des Kaufpreises fristgerecht zu zahlen, und hätte keine Stundung ihrer Zahlung aushandeln müssen.

132Folglich ist - ohne dass das übrige Vorbringen des Rechtsmittelführers zur Stützung seiner Klage, soweit diese auf die Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung gerichtet ist, geprüft werden müsste - festzustellen, dass die Beurteilung der Frage, ob die Veräußerung der Vermögenswerte des Nürburgrings an Capricorn mit der Gewährung einer mit dem Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfe verbunden war, Anlass zu Bedenken im Sinne von Art. 4 der Verordnung Nr. 659/1999 gab, die die Kommission dazu hätten veranlassen müssen, das Verfahren nach Art. 108 Abs. 2 AEUV einzuleiten.

133Daher ist der Klage stattzugeben und die zweite streitige Entscheidung für nichtig zu erklären.

Kosten

134Nach Art. 184 Abs. 2 der Verfahrensordnung entscheidet der Gerichtshof über die Kosten, wenn das Rechtsmittel unbegründet ist oder wenn das Rechtsmittel begründet ist und er den Rechtsstreit selbst endgültig entscheidet.

135Nach Art. 138 Abs. 3 Satz 1 der Verfahrensordnung, der nach deren Art. 184 Abs. 1 auf das Rechtsmittelverfahren Anwendung findet, trägt jede Partei ihre eigenen Kosten, wenn jede Partei teils obsiegt, teils unterliegt.

136Im vorliegenden Fall ist diese Bestimmung anzuwenden, da das Rechtsmittel zurückgewiesen wird, soweit es gegen die Teile des angefochtenen Urteils gerichtet ist, in denen das Gericht den Antrag auf Nichtigerklärung der ersten streitigen Entscheidung

zurückgewiesen hat, aber Erfolg hat, soweit es gegen die Teile jenes Urteils gerichtet ist, in denen das Gericht den Antrag auf Nichtigerklärung der zweiten streitigen Entscheidung zurückgewiesen hat, und da der Gerichtshof letztere Entscheidung für nichtig erklärt.

137Daher sind jeder Partei ihre eigenen Kosten aufzuerlegen.

Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof (Vierte Kammer) für Recht erkannt und entschieden:

1. Das Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 19. Juni 2019, Ja zum Nürburgring/Kommission (T-373/15, ECLI:EU:T:2019:432), wird aufgehoben, soweit das Gericht der Europäischen Union darin den Antrag auf Nichtigerklärung von Art. 1 letzter Gedankenstrich des Beschlusses (EU) 2016/151 der Kommission vom 1. Oktober 2014 über die staatliche Beihilfe Deutschlands SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) zugunsten des Nürburgrings zurückgewiesen hat.

2. Im Übrigen wird das Rechtsmittel zurückgewiesen.

3. Art. 1 letzter Gedankenstrich des Beschlusses (EU) 2016/151 der Kommission vom 1. Oktober 2014 über die staatliche Beihilfe Deutschlands SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) zugunsten des Nürburgrings wird für nichtig erklärt.

4. Der Ja zum Nürburgring e. V. und die Europäische Kommission tragen ihre eigenen Kosten.

Verkündet in öffentlicher Sitzung in Luxemburg am 2. September 2021.

Text1

ARRÊT DE LA COUR (quatrième chambre)

2 septembre 2021 *

Dans l'affaire C-647/19 P,

ayant pour objet un pourvoi au titre de l'article 56 du statut de la Cour de justice de l'Union européenne, introduit le 30 août 2019,

Ja zum Nürburgring eV, établie à Nürburg (Allemagne),

représentée par Mes D. Frey et M. Rudolph, Rechtsanwälte,

partie requérante,

l'autre partie à la procédure étant :

Commission européenne,

représentée par MM. L. Flynn, B. Stromsky et T. Maxian Rusche, en qualité d'agents,

partie défenderesse en première instance,

LA COUR (quatrième chambre),

composée de M. M. Vilaras (rapporteur), président de chambre, MM. N. Piçarra, D. Šváby, S. Rodin et Mme K. Jürimäe, juges,

avocat général : M. G. Pitruzzella,

greffier : M. A. Calot Escobar,

vu la procédure écrite,

ayant entendu l'avocat général en ses conclusions à l'audience du 29 avril 2021,

rend le présent

Arrêt

Tenor:

1) L'arrêt du Tribunal de l'Union européenne du 19 juin 2019, Ja zum Nürburgring/Commission (T-373/15, ECLI:EU:T:2019:432), est annulé, en tant que, par celui-ci, le Tribunal de l'Union européenne a rejeté la demande d'annulation de l'article 1er,

dernier tiret, de la décision (UE) 2016/151 de la Commission, du 1er octobre 2014, relative à l'aide d'État SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) mise à exécution par l'Allemagne en faveur du Nürburgring.

2) Le pourvoi est rejeté pour le surplus.

3) L'article 1er, dernier tiret, de la décision (UE) 2016/151 de la Commission, du 1er octobre 2014, relative à l'aide d'État SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) mise à exécution par l'Allemagne en faveur du Nürburgring, est annulé.

4) Ja zum Nürburgring eV et la Commission européenne supportent leurs propres dépens.

Gründe:

1Par son pourvoi, Ja zum Nürburgring eV demande l'annulation de l'arrêt du Tribunal de l'Union européenne du 19 juin 2019, Ja zum Nürburgring/Commission (T-373/15, ci-après l'« arrêt attaqué », [ECLI:EU:T:2019:432](#)), par lequel celui-ci a rejeté son recours tendant à l'annulation partielle de la décision (UE) 2016/151 de la Commission, du 1er octobre 2014, relative à l'aide d'État SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) mise à exécution par l'Allemagne en faveur du Nürburgring (JO 2016, L 34, p. 1, ci-après la « décision finale »).

Le cadre juridique

2Le règlement (CE) no 659/1999 du Conseil, du 22 mars 1999, portant modalités d'application de l'article 108 [TFUE] (JO 1999, L 83, p. 1), tel que modifié par le règlement (UE) no 734/2013 du Conseil, du 22 juillet 2013 (JO 2013, L 204, p. 15) (ci-après le « règlement no 659/1999 »), qui a été abrogé par le règlement (UE) 2015/1589 du Conseil, du 13 juillet 2015, portant modalités d'application de l'article 108 [TFUE] (JO 2015, L 248, p. 9), est applicable aux faits de la présente affaire.

3L'article 1er, sous h), du règlement no 659/1999 définit, aux fins de ce règlement, la notion de « parties intéressées » comme visant « tout État membre et toute personne, entreprise ou association d'entreprises dont les intérêts pourraient être affectés par l'octroi d'une aide, en particulier le bénéficiaire de celle-ci, les entreprises concurrentes et les associations professionnelles ».

4L'article 4 de ce règlement, intitulé « Examen préliminaire de la notification et décisions de la Commission », dispose, à ses paragraphes 2 à 4 :

«2. Si la Commission constate, après un examen préliminaire, que la mesure notifiée ne constitue pas une aide, elle le fait savoir par voie de décision.

3. Si la Commission constate, après un examen préliminaire, que la mesure notifiée, pour autant qu'elle entre dans le champ de l'article [107], paragraphe 1, [TFUE], ne suscite pas de doutes quant à sa compatibilité avec le marché commun, elle décide que cette mesure est compatible avec le marché commun (ci-après dénommée "décision de ne pas soulever d'objections"). Cette décision précise quelle dérogation prévue par le traité a été appliquée.

4. Si la Commission constate, après un examen préliminaire, que la mesure notifiée suscite des doutes quant à sa compatibilité avec le marché commun, elle décide d'ouvrir la procédure prévue à l'article [108], paragraphe 2, [TFUE] (ci-après dénommée "décision d'ouvrir la procédure formelle d'examen"). »

5Aux termes de l'article 6, paragraphe 1, dudit règlement :

« La décision d'ouvrir la procédure formelle d'examen récapitule les éléments pertinents de fait et de droit, inclut une évaluation préliminaire, par la Commission, de la mesure proposée

visant à déterminer si elle présente le caractère d'une aide, et expose les raisons qui incitent à douter de sa compatibilité avec le marché commun. La décision invite l'État membre concerné et les autres parties intéressées à présenter leurs observations dans un délai déterminé, qui ne dépasse normalement pas un mois. Dans certains cas dûment justifiés, la Commission peut proroger ce délai. »

6L'article 13, paragraphe 1, première phrase, du règlement no 659/1999 prévoit que l'examen d'une éventuelle aide illégale débouche sur l'adoption d'une décision au titre de l'article 4, paragraphes 2, 3 ou 4, de ce règlement.

Les antécédents du litige et les décisions litigieuses

7Les antécédents du litige figurent aux points 1 à 16 de l'arrêt attaqué et, pour les besoins de la présente procédure, peuvent être résumés de la manière suivante.

8Le complexe du Nürburgring (ci-après le « Nürburgring »), situé dans le Land de Rhénanie-Palatinat (Allemagne), comprend un circuit de course automobile (ci-après le « circuit du Nürburgring »), un parc de loisirs, des hôtels et des restaurants.

9Entre l'année 2002 et l'année 2012, les entreprises publiques propriétaires du Nürburgring (ci-après les « vendeurs ») ont bénéficié d'aides principalement de la part du Land de Rhénanie-Palatinat. Au cours de l'année 2011, la requérante, une association allemande de sport automobile, a déposé une première plainte auprès de la Commission au sujet de ces aides. Lesdites aides ont fait l'objet d'une procédure formelle d'examen, au titre de l'article 108, paragraphe 2, TFUE, ouverte par la Commission au cours de l'année 2012. La même année, l'Amtsgericht Bad Neuenahr-Ahrweiler (tribunal de district de Bad Neuenahr-Ahrweiler, Allemagne) a conclu à l'insolvabilité des vendeurs et il a été décidé de procéder à la vente de leurs actifs. Une procédure d'appel d'offres (ci-après la « procédure d'appel d'offres ») a été lancée et elle a abouti à la vente de ces actifs à Capricorn Nürburgring Besitzgesellschaft GmbH (ci-après « Capricorn »).

10Au cours de l'année 2013, la requérante a déposé une seconde plainte auprès de la Commission, au motif que la procédure d'appel d'offres ne serait pas ouverte, transparente, non discriminatoire et inconditionnelle. Selon la requérante l'acquéreur qui serait retenu recevrait ainsi de nouvelles aides et assurerait la continuité des activités économiques des vendeurs, de sorte que l'ordre de récupération des aides perçues par les vendeurs devait s'étendre à lui.

11À l'article 2 de la décision finale, la Commission a constaté l'illégalité et l'incompatibilité avec le marché intérieur de certaines des mesures de soutien en faveur des vendeurs (ci-après les « aides aux vendeurs »). À l'article 3, paragraphe 2, de cette décision, elle a énoncé que Capricorn et ses filiales n'étaient pas concernées par une éventuelle récupération des aides aux vendeurs (ci-après la « première décision litigieuse »).

12À l'article 1^{er}, dernier tiret, de ladite décision, la Commission a établi que la vente des actifs du Nürburgring à Capricorn ne constituait pas une aide d'État (ci-après la « seconde décision litigieuse »). La Commission a considéré, à cet égard, que la procédure d'appel d'offres avait été menée de manière ouverte, transparente et non discriminatoire, que cette procédure avait abouti à un prix de vente conforme au marché et qu'il n'y avait pas de continuité économique entre les vendeurs et l'acquéreur.

La procédure devant le Tribunal et l'arrêt attaqué

13Par requête déposée au greffe du Tribunal le 10 juillet 2015, la requérante a introduit un recours tendant à l'annulation des première et seconde décisions litigieuses.

14Le Tribunal a rejeté comme irrecevable le recours, en tant qu'il tendait à l'annulation de la première décision litigieuse, la requérante n'ayant pas démontré être individuellement concernée par cette décision. Pour les motifs exposés aux points 48 à 69 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a estimé, premièrement, que la requérante n'avait pas établi à suffisance de droit que cette décision avait affecté substantiellement une position concurrentielle qu'elle aurait détenue sur les marchés pertinents, deuxièmement, qu'elle ne pouvait pas se prévaloir, en tant qu'association professionnelle, d'une qualité pour agir au titre de l'un de ses membres et, troisièmement, qu'elle n'avait pas établi avoir occupé, dans le cadre de la procédure formelle d'examen ayant précédé l'adoption de la première décision litigieuse, une position de négociatrice, clairement circonscrite et intimement liée à l'objet même de cette décision.

15S'agissant de la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse, le Tribunal a constaté, au point 83 de l'arrêt attaqué, que les parties s'accordaient sur le fait que cette décision était une décision adoptée à l'issue de la phase d'examen préliminaire des aides, instituée par l'article 108, paragraphe 3, TFUE, et non d'une procédure formelle d'examen.

16Au point 88 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a exposé qu'il ne pouvait pas être exclu que la requérante, compte tenu de son objet, qui vise précisément au rétablissement et à la promotion d'un circuit de course automobile au Nürburgring, et du fait qu'elle a participé à la première phase de la procédure d'appel d'offres en vue de la vente des actifs du Nürburgring et recueilli, dans ce cadre, un grand nombre d'informations portant sur ces actifs, soit en mesure de présenter à la Commission, dans le cadre de la procédure formelle d'examen prévue à l'article 108, paragraphe 2, TFUE, des observations que celle-ci serait susceptible d'intégrer dans son appréciation du caractère ouvert, transparent, non discriminatoire et inconditionnel de la procédure d'appel d'offres et de la question de savoir si les actifs du Nürburgring ont été cédés, dans ce cadre, au prix de marché. Il a donc considéré, au point 89 de l'arrêt attaqué, que la requérante devait se voir reconnaître la qualité de partie intéressée s'agissant de la seconde décision litigieuse et a, dès lors, relevé, au point 93 de l'arrêt attaqué, que, en ce qui concernait la seconde décision litigieuse, la requérante avait qualité pour agir pour sauvegarder les droits procéduraux qu'elle tirait de l'article 108, paragraphe 2, TFUE.

17Au point 129 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a indiqué que, afin de pouvoir se prononcer sur le fond du recours, pour autant qu'il visait l'annulation de la seconde décision litigieuse et, en particulier, sur les cinquième et huitième moyens tirés d'une violation de l'article 108, paragraphe 2, TFUE et de l'article 4, paragraphe 4, du règlement no 659/1999 ainsi que des droits procéduraux de la requérante, il convenait d'examiner si les premier à quatrième moyens permettaient d'établir que, au terme de la phase d'examen préliminaire, la Commission se heurtait à des difficultés exigeant l'ouverture d'une procédure formelle d'examen.

18À l'issue de cet examen, le Tribunal a constaté, au point 176 de l'arrêt attaqué, que les cinquième et huitième moyens, examinés en tenant compte des arguments avancés par la requérante dans le cadre des premier à quatrième moyens, ne permettaient pas d'établir que, au terme de la phase d'examen préliminaire, la Commission se heurtait à des difficultés exigeant l'ouverture d'une procédure formelle d'examen et devaient, dès lors, être rejetés.

19Le Tribunal a également examiné et rejeté, respectivement aux points 182 à 190 et 193 à 197, les sixième et neuvième moyens, tirés de la violation par la Commission, respectivement, de l'obligation de motivation et du droit à une bonne administration.

20En conséquence, au point 198 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a rejeté le recours comme étant, en partie, irrecevable et, en partie, non fondé.

Les conclusions des parties devant la Cour

21La requérante demande à la Cour :

- d'annuler l'arrêt attaqué;
- d'annuler les première et seconde décisions litigieuses;
- à titre subsidiaire, de renvoyer l'affaire devant le Tribunal, et
- de condamner la Commission aux dépens des deux instances.

22La Commission demande à la Cour :

- d'annuler les points 73 à 94 de l'arrêt attaqué, aux termes desquels le Tribunal a jugé que le recours dirigé contre la seconde décision litigieuse était recevable;
- de rejeter ce recours comme étant irrecevable;
- de rejeter le pourvoi, et
- de condamner la requérante aux dépens de l'instance.

Sur le pourvoi

23À l'appui de son pourvoi, la requérante soulève cinq moyens, tirés, le premier, d'une erreur de droit en ce que le Tribunal a considéré qu'elle n'était pas individuellement concernée par la première décision litigieuse, en tant que concurrente du bénéficiaire des aides en cause, le deuxième, d'une erreur de droit en ce que le Tribunal a jugé qu'elle n'était pas individuellement concernée par la première décision litigieuse, en tant qu'association professionnelle, le troisième, d'une erreur de droit en ce que le Tribunal a estimé qu'elle n'avait pas qualité pour agir contre la seconde décision litigieuse, le quatrième, d'une insuffisance de motivation de l'arrêt attaqué, d'une dénaturation des faits et des éléments de preuve ainsi que d'une erreur de droit dans l'examen des moyens dirigés contre le refus implicite de la Commission d'ouvrir la procédure formelle d'examen, et, le cinquième, d'une erreur de droit commise par le Tribunal dans l'appréciation du caractère suffisant de la motivation de la seconde décision litigieuse.

24Les premier et deuxième moyens visent le rejet, par le Tribunal, de la demande d'annulation de la première décision litigieuse, alors que les troisième à cinquième moyens visent le rejet de la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse.

Sur les moyens relatifs à la demande d'annulation de la première décision litigieuse

Sur le premier moyen

25Le premier moyen vise le point 56 de l'arrêt attaqué, qui est ainsi libellé :

« Par ailleurs, pour autant que la requérante soutient que sa position sur le marché a été substantiellement affectée en raison des investissements passés qu'elle a réalisés sur le circuit du Nürburgring, il y a lieu d'observer que le simple fait qu'elle aurait investi, à un titre ou un autre, dans le Nürburgring ne suffit pas à constater qu'elle aurait été présente, en tant qu'opérateur économique, sur les marchés pertinents, ce qu'elle ne prétend d'ailleurs pas, ni, a fortiori, que sa position sur lesdits marchés, en tant qu'opérateur économique, aurait été substantiellement affectée par les aides aux vendeurs qui, selon elle, auraient rendu ces investissements inutiles. En tout état de cause, la requérante n'explique pas comment la première décision [litigieuse], aux termes de laquelle l'acquéreur des actifs du Nürburgring

n'était pas tenu de rembourser les aides aux vendeurs, aurait affecté l'utilité des investissements qu'elle aurait réalisés dans le Nürburgring. »

- Argumentation des parties

26 Par la première branche du premier moyen, la requérante reproche au Tribunal de ne pas avoir répondu à suffisance de droit à son argumentation relative à l'atteinte substantielle portée à sa position sur le marché ce qui, selon la requérante, constitue une violation de l'obligation de motivation ainsi que de son droit à être entendue et de son droit à une protection juridictionnelle effective.

27 La requérante fait valoir, en particulier, que, en affirmant, à la seconde phrase du point 56 de l'arrêt attaqué, qu'elle n'avait pas expliqué comment la première décision litigieuse aurait affecté l'utilité des investissements qu'elle avait réalisés dans le Nürburgring, le Tribunal a ignoré son argumentation, avancée au point 32 de son mémoire en réplique devant le Tribunal, selon laquelle, en substance, ces investissements auraient été contrecarrés et détournés de leur objectif, qui était de promouvoir l'exploitation du circuit traditionnel du Nürburgring et de garantir que des organisateurs de manifestations sportives y aient accès dans des conditions servant l'intérêt général, pour financer, au moyen d'une subvention croisée, des installations hôtelières et de loisir, sans lien avec le sport automobile, construites avec les aides aux vendeurs. La requérante aurait ajouté que la vente des éléments d'actif du Nürburgring à Capricorn perpétuait, en tant que conséquence illégale directe, l'atteinte portée à sa position sur le marché qui aurait résulté des aides illégales.

28 Elle estime que, compte tenu du lien étroit entre ses investissements sur le circuit du Nürburgring et l'exploitation de celui-ci dans des conditions servant l'intérêt général, elle est tellement liée à l'exploitation de ce circuit qu'elle a acquis une position sur le marché pertinent pour l'exploitation de circuits de course automobile. Elle rappelle, à cet égard, que, devant le Tribunal, elle avait attiré l'attention sur le fait que le circuit du Nürburgring représente un monopole naturel. Or, le Tribunal aurait ignoré le fait qu'il ne peut y avoir qu'une concurrence potentielle pour l'exploitation d'un monopole naturel. Dès lors, les investissements réalisés par la requérante seraient la façon la plus directe pour acquérir une position sur le marché. Pour les mêmes motifs, l'affirmation, à la première phrase du point 56 de l'arrêt attaqué, selon laquelle la requérante n'avait pas prétendu que sa position sur le marché a été substantiellement affectée par les aides aux vendeurs, serait aussi inexacte.

29 Par la seconde branche du premier moyen, la requérante fait valoir que le Tribunal s'est fondé sur une interprétation erronée de l'article 263, quatrième alinéa, TFUE, pour considérer, au point 56 de l'arrêt attaqué, qu'un investissement réalisé à un titre ou à un autre ne suffit pas pour constater que l'investisseur est présent, en tant qu'opérateur économique, sur le marché auquel les investissements ont bénéficié.

30 La Commission fait valoir que le premier moyen est inopérant ou, en tout état de cause, non fondé.

- Appréciation de la Cour

31 Aux fins de l'examen conjoint des deux branches du premier moyen, il y a lieu de rappeler que, selon une jurisprudence constante de la Cour, les sujets autres que les destinataires d'une décision ne sauraient prétendre être individuellement concernés que si cette décision les atteint en raison de certaines qualités qui leur sont particulières ou d'une situation de fait qui les caractérise par rapport à toute autre personne et, de ce fait, les individualise d'une manière analogue à celle dont le destinataire d'une telle décision le serait (arrêts du 15 juillet

1963, Plaumann/Commission, 25/62, [ECLI:EU:C:1963:17](#), p. 223; du 17 septembre 2015, Mory e.a./Commission, [C-33/14 P](#), [ECLI:EU:C:2015:609](#), point 93, ainsi que du 15 juillet 2021, Deutsche Lufthansa/Commission, [C-453/19 P](#), [ECLI:EU:C:2021:608](#), point 33).

32Si, comme en l'espèce, un requérant met en cause le bien-fondé d'une décision d'appréciation de l'aide prise à l'issue de la procédure formelle d'examen, le simple fait qu'il puisse être considéré comme intéressé, au sens de l'article 108, paragraphe 2, TFUE, ne saurait suffire pour admettre la recevabilité du recours. Il doit alors démontrer qu'il a un statut particulier, au sens de la jurisprudence rappelée au point précédent. Il en est notamment ainsi dans le cas où la position de ce requérant sur le marché est substantiellement affectée par l'aide faisant l'objet de la décision en cause (arrêts du 17 septembre 2015, Mory e.a./Commission, [C-33/14 P](#), [ECLI:EU:C:2015:609](#), point 97, ainsi que du 15 juillet 2021, Deutsche Lufthansa/Commission, [C-453/19 P](#), [ECLI:EU:C:2021:608](#), point 37).

33Comme le Tribunal l'a lui-même rappelé au point 48 de l'arrêt attaqué, ont notamment été reconnues comme individuellement concernées par une décision de la Commission clôturant la procédure formelle d'examen, outre l'entreprise bénéficiaire, les entreprises concurrentes de cette dernière ayant joué un rôle actif dans le cadre de cette procédure, pour autant que leur position sur le marché soit substantiellement affectée par la mesure d'aide faisant l'objet de la décision attaquée (arrêts du 17 septembre 2015, Mory e.a./Commission, [C-33/14 P](#), [ECLI:EU:C:2015:609](#), point 98, ainsi que du 15 juillet 2021, Deutsche Lufthansa/Commission, [C-453/19 P](#), [ECLI:EU:C:2021:608](#), point 38).

34Or, la simple réalisation d'investissements sur un élément d'infrastructure déterminé ne signifie pas que l'investisseur en cause est actif sur un quelconque marché lié à l'exploitation de cette infrastructure. Il en est d'autant plus ainsi lorsque de tels investissements visent à promouvoir l'exploitation de ladite infrastructure par différents opérateurs dans des conditions servant l'intérêt général, comme c'était le cas, selon les affirmations de la requérante, des investissements qu'elle prétend avoir réalisés sur le circuit du Nürburgring.

35Il s'ensuit que c'est sans commettre d'erreur de droit que le Tribunal a, en substance, considéré, au point 56 de l'arrêt attaqué, que l'argumentation de la requérante relative aux investissements qu'elle aurait réalisés sur le circuit du Nürburgring ne suffisaient pas à démontrer qu'elle était individuellement concernée, au sens de la jurisprudence citée au point 31 du présent arrêt, par la première décision litigieuse. Par conséquent, la seconde branche du premier moyen doit être rejetée comme étant non fondée.

36S'agissant de la première branche du premier moyen, tirée, en substance, de la violation de l'obligation de motivation par le Tribunal, il y a lieu de rappeler que, selon une jurisprudence constante, l'obligation pour le Tribunal de motiver ses décisions, en vertu de l'article 36 et de l'article 53, premier alinéa, du statut de la Cour de justice de l'Union européenne, n'impose pas à celui-ci de fournir un exposé qui suivrait de manière exhaustive et un par un tous les raisonnements articulés par les parties au litige. La motivation peut donc être implicite, à condition qu'elle permette aux intéressés de connaître les raisons pour lesquelles le Tribunal n'a pas fait droit à leurs arguments et à la Cour de disposer des éléments suffisants pour exercer son contrôle (arrêt du 9 septembre 2008, FIAMM e.a./Conseil et Commission, [C-120/06 P](#) et [C-121/06 P](#), [ECLI:EU:C:2008:476](#), point 96 ainsi que jurisprudence citée).

37Or, il ressort, à tout le moins implicitement, mais clairement, du point 56 de l'arrêt attaqué que le Tribunal a considéré que l'argumentation de la requérante, tirée des investissements

qu'elle aurait réalisés sur le circuit du Nürburgring, ne suffisait à démontrer ni qu'elle était présente sur le marché pertinent ni, encore moins, que sa position concurrentielle sur ce marché aurait été substantiellement affectée par la mesure faisant l'objet de la première décision litigieuse.

38 Partant, la première branche du premier moyen doit être rejetée comme étant non fondée, tout comme ce moyen dans son intégralité.

Sur le deuxième moyen

39 Le deuxième moyen vise le point 69 de l'arrêt attaqué, dans lequel le Tribunal a relevé que, au regard des conditions strictes posées dans l'arrêt du 13 décembre 2005, Commission/Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (C-78/03 P, [ECLI:EU:C:2005:761](#), points 53 à 59), il y avait lieu de considérer que la requérante n'avait pas établi avoir occupé, dans le cadre de la procédure formelle d'examen ayant précédé l'adoption de la première décision litigieuse, une position de négociatrice, clairement circonscrite et intimement liée à l'objet même de cette décision, susceptible de démontrer qu'elle était individuellement concernée par celle-ci.

- Argumentation des parties

40 La requérante fait valoir que le Tribunal a violé l'obligation de motivation et a dénaturé les faits et les éléments de preuve soumis à son appréciation. Elle estime avoir démontré, devant le Tribunal, qu'elle avait joué, dans la procédure administrative ayant abouti à l'adoption de la première décision litigieuse, un rôle actif et unique concernant l'exploitation du circuit du Nürburgring dans un but d'intérêt général. Sa position de négociatrice, clairement circonscrite et intimement liée à l'objet de cette décision, serait comparable à celle du Landbouwschap (organisme de droit public institué pour assurer dans le secteur agricole la protection des intérêts communs des opérateurs dans le respect de l'intérêt général, Pays-Bas) dans l'affaire ayant donné lieu à l'arrêt du 2 février 1988, Kwekerij van der Kooy e.a./Commission (67/85, 68/85 et 70/85, [ECLI:EU:C:1988:38](#), points 20 à 24), ainsi que du Comité international de la rayonne et des fibres synthétiques (CIRFS) dans l'affaire ayant donné lieu à l'arrêt du 24 mars 1993, CIRFS e.a./Commission ([C-313/90](#), [ECLI:EU:C:1993:111](#), points 29 et 30).

41 En effet, la requérante aurait négocié avec la Commission les aides qui font l'objet de la première décision litigieuse, en vue de garantir pour ses membres d'une manière conforme au droit des aides et dans un but d'intérêt général, l'exploitation de ce circuit et de s'assurer que ses investissements continueraient à contribuer à cet objectif. Ces circonstances matérielles caractériseraient la requérante par rapport à toute autre personne, de manière à lui conférer qualité pour agir contre la première décision litigieuse.

42 Dès lors, le Tribunal n'aurait pas pu écarter la qualité pour agir de la requérante sans expliquer pourquoi, à la lumière des moyens, des preuves et des arguments détaillés invoqués par celle-ci, les conditions nécessaires pour lui reconnaître une telle qualité n'étaient pas remplies. La référence du Tribunal, au point 69 de l'arrêt attaqué, aux « conditions strictes posées dans l'arrêt du 13 décembre 2005, Commission/Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (C-78/03 P, [ECLI:EU:C:2005:761](#), points 53 à 59) », ne permettrait pas de comprendre quelles sont les conditions que le Tribunal a examinées. Le Tribunal aurait, dès lors, entaché son arrêt d'un défaut ou d'une insuffisance de motivation, ce qui constitue aussi une violation du droit d'être entendu et du droit à une protection juridictionnelle effective. De surcroît, en estimant que la requérante

« n'a pas établi » avoir occupé, dans le cadre de la procédure formelle d'examen ayant précédé l'adoption de la première décision litigieuse, une position de négociatrice, sans toutefois expliquer quelles preuves produites par la requérante il a examinées, le Tribunal aurait dénaturé les éléments de fait et de preuve.

43 La Commission estime que le deuxième moyen n'est pas fondé et doit être rejeté.

- Appréciation de la Cour

44 Il ressort du point 58 de l'arrêt attaqué que, devant le Tribunal, la requérante avait, notamment, soutenu qu'elle menait des négociations pour défendre les intérêts du sport automobile allemand, en particulier concernant le rétablissement et la promotion d'un circuit de course automobile au Nürburgring, et qu'elle avait participé à la procédure administrative ayant précédé l'adoption de la première décision litigieuse en déposant une plainte et en communiquant des observations écrites et des éléments de preuve.

45 Aux points 66 et 67 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a résumé les considérations ayant amené la Cour à déclarer recevables les recours dans les affaires ayant donné lieu aux arrêts du 2 février 1988, *Kwekerij van der Kooy e.a./Commission* (67/85, 68/85 et 70/85, [ECLI:EU:C:1988:38](#)), ainsi que du 24 mars 1993, *CIRFS e.a./Commission* ([C-313/90](#), [ECLI:EU:C:1993:111](#)). En outre, au point 68 de cet arrêt, le Tribunal a énoncé, en se référant à sa propre jurisprudence et à celle de la Cour, que le fait qu'une association professionnelle a introduit la plainte à l'origine de la procédure formelle d'examen ou a présenté des observations lors de celle-ci ne suffisait pas pour reconnaître à cette association un statut particulier de négociateur.

46 Enfin, au point 69 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a évoqué les « conditions strictes posées dans l'arrêt du 13 décembre 2005, *Commission/Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum* ([C-78/03 P](#), [ECLI:EU:C:2005:761](#), points 53 à 59) », dans lequel la Cour avait elle-même rappelé les circonstances particulières des affaires ayant donné lieu aux arrêts du 2 février 1988, *Kwekerij van der Kooy e.a./Commission* (67/85, 68/85 et 70/85, [ECLI:EU:C:1988:38](#)), ainsi que du 24 mars 1993, *CIRFS e.a./Commission* ([C-313/90](#), [ECLI:EU:C:1993:111](#)), et expliqué en quoi celles-ci se distinguaient de la situation d'un simple intéressé ayant participé activement à la procédure qui a conduit à l'adoption d'une décision relative à une aide d'État.

47 Ces rappels jurisprudentiels permettent de comprendre pourquoi l'argumentation de la requérante, résumée au point 58 de l'arrêt attaqué, ne suffisait pas pour lui conférer la qualité de négociatrice, au sens de la jurisprudence citée aux points 66 à 69 de l'arrêt attaqué.

48 Dès lors, la motivation exposée par le Tribunal aux points 65 à 69 de l'arrêt attaqué, quoique relativement succincte, suffit pour permettre à la requérante de comprendre les motifs du rejet de son argumentation avancée à l'appui de la recevabilité de sa demande d'annulation de la première décision litigieuse, fondée sur la jurisprudence issue des arrêts du 2 février 1988, *Kwekerij van der Kooy e.a./Commission* (67/85, 68/85 et 70/85, [ECLI:EU:C:1988:38](#)), ainsi que du 24 mars 1993, *CIRFS e.a./Commission* ([C-313/90](#), [ECLI:EU:C:1993:111](#)).

49 Quant à l'allégation d'une prétendue dénaturation, par le Tribunal, des éléments de fait et de preuve, elle doit être écartée comme étant irrecevable, dans la mesure où la requérante n'a identifié ni les éléments précis que le Tribunal aurait dénaturés ni en quoi ce dernier les aurait dénaturés (voir, en ce sens, ordonnance du 1^{er} février 2017, *Vidmar e.a./Commission*, [C-240/16 P](#), [ECLI:EU:C:2017:89](#), points 26 et 27).

50 Il ressort des considérations qui précèdent que le deuxième moyen doit être rejeté comme étant, en partie, irrecevable et, en partie, non fondé.

51 Les premier et deuxième moyens devant être rejetés, il y a lieu de rejeter le pourvoi pour autant qu'il vise l'annulation de l'arrêt attaqué en tant que, par celui-ci, le Tribunal a rejeté la demande d'annulation de la première décision litigieuse.

Sur les moyens relatifs à la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse

Sur la recevabilité du recours devant le Tribunal

52 Sans former un pourvoi incident, la Commission demande à la Cour d'examiner la recevabilité du recours, en tant qu'il visait l'annulation de la seconde décision litigieuse, dès lors que, selon elle, le Tribunal a commis une erreur de droit dans l'interprétation et l'application de la notion de « partie intéressée », au sens de l'article 108, paragraphes 2 et 3, TFUE ainsi que de l'article 1^{er}, sous h), du règlement no 659/1999 et a considéré à tort que la requérante pouvait prétendre à cette qualité.

53 Il y a lieu de rappeler, à cet égard, que la Cour, saisie d'un pourvoi au titre de l'article 56 du statut de la Cour de justice de l'Union européenne, est tenue de se prononcer, au besoin d'office, sur le moyen d'ordre public tiré de la méconnaissance des conditions de recevabilité d'un recours en annulation introduit par un particulier au titre de l'article 263, quatrième alinéa, TFUE (voir, en ce sens, arrêt du 29 juillet 2019, Bayerische Motoren Werke et Freistaat Sachsen/Commission, C-654/17 P, ECLI:EU:C:2019:634, point 44 ainsi que jurisprudence citée).

54 Il ressort des points 84 à 89 de l'arrêt attaqué que le Tribunal a, en substance, jugé que la requérante était recevable à demander l'annulation de la seconde décision litigieuse en tant que partie intéressée et afin d'assurer la sauvegarde des droits procéduraux qu'elle tire de l'article 108, paragraphe 2, TFUE et de l'article 6, paragraphe 1, du règlement no 659/1999.

55 En premier lieu, la Commission fait valoir que le Tribunal a effectué une lecture partielle de la jurisprudence de la Cour en la matière et a méconnu le fait que la qualité de partie intéressée présuppose l'existence d'un rapport de concurrence.

56 Cet argument doit toutefois être écarté. En effet, la notion de « partie intéressée » est définie à l'article 1^{er}, sous h), du règlement no 659/1999 comme visant « toute personne, entreprise ou association d'entreprises dont les intérêts pourraient être affectés par l'octroi d'une aide, en particulier le bénéficiaire de celle-ci, les entreprises concurrentes et les associations professionnelles ». Cette disposition reprend la définition de la notion d'« intéressés », au sens de l'article 108, paragraphe 2, TFUE, telle qu'elle résulte de la jurisprudence de la Cour (arrêt du 2 avril 1998, Commission/Sytraval et Brink's France, C-367/95 P, ECLI:EU:C:1998:154, point 41 ainsi que jurisprudence citée).

57 Or, ainsi que M. l'avocat général l'a relevé au point 30 de ses conclusions, si une entreprise concurrente du bénéficiaire d'une mesure d'aide présente incontestablement la qualité de « partie intéressée », au sens de l'article 108, paragraphe 2, TFUE, un organisme qui n'est pas concurrent du bénéficiaire de l'aide en cause peut aussi se voir reconnaître cette qualité, pour autant qu'il ait démontré que ses intérêts pourraient être affectés par l'octroi de cette aide. Selon la jurisprudence de la Cour, cela exige qu'il démontre que ladite aide risque d'avoir une incidence concrète sur sa situation (voir, en ce sens, arrêts du 24 mai 2011, Commission/Kronoply et Kronotex, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, point 65, ainsi que du

27 octobre 2011, Autriche/Scheucher-Fleisch e.a., C-47/10 P, ECLI:EU:C:2011:698, point 132).

58Dès lors, doit être écarté l'argument de la Commission selon lequel il découle des arrêts du 9 juillet 2009, 3F/Commission (C-319/07 P, ECLI:EU:C:2009:435), du 24 mai 2011, Commission/Kronoply et Kronotex (C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341), ainsi que du 6 novembre 2018, Scuola Elementare Maria Montessori/Commission, Commission/Scuola Elementare Maria Montessori et Commission/Ferracci (C-622/16 P à C-624/16 P, ECLI:EU:C:2018:873), que la qualité de partie intéressée présuppose une relation de concurrence.

59En effet, ainsi qu'il ressort du point 104 de l'arrêt du 9 juillet 2009, 3F/Commission (C-319/07 P, ECLI:EU:C:2009:435), la Cour a reconnu à un syndicat d'ouvriers la qualité de partie intéressée en se fondant sur l'atteinte potentielle portée aux intérêts de celui-ci ainsi qu'à ceux de ses membres, par les mesures en cause dans cette affaire, lors des négociations collectives.

60Quant à l'arrêt du 24 mai 2011, Commission/Kronoply et Kronotex (C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, point 64), la Cour n'a pas fondé son analyse sur un rapport de concurrence entre le bénéficiaire de l'aide et l'entreprise partie requérante dans cette affaire, mais s'est fondée sur le fait que cette dernière entreprise nécessitait pour son processus de production la même matière première que ce bénéficiaire.

61Enfin, l'arrêt du 6 novembre 2018, Scuola Elementare Maria Montessori/Commission, Commission/Scuola Elementare Maria Montessori et Commission/Ferracci (C-622/16 P à C-624/16 P, ECLI:EU:C:2018:873, point 43), invoqué par la Commission, est dépourvu de pertinence. En effet, au point 43 de cet arrêt, il était question non pas de la qualité de partie intéressée d'une personne ou d'une entreprise, mais de l'éventuelle atteinte directe, au regard d'une décision de la Commission ayant laissé entiers les effets des mesures nationales en cause qui instituaient un régime d'aides, à la situation juridique d'un plaignant qui allègue que ces mesures le placent dans une situation concurrentielle désavantageuse.

62En second lieu, la Commission fait valoir que la reconnaissance par le Tribunal de la qualité de partie intéressée de la requérante repose, ainsi qu'il ressort du point 88 de l'arrêt attaqué, sur le fait que celle-ci dispose potentiellement d'informations pertinentes. Or, le simple fait qu'une personne dispose d'informations qui pourraient être pertinentes dans le cadre d'une procédure formelle d'examen d'une mesure en vue de déterminer si elle constitue une aide d'État illégale ne suffirait pas à lui reconnaître une telle qualité.

63Certes, au point 86 de l'arrêt attaqué, le Tribunal s'est référé à la qualité, que présentait la requérante, « d'association dont le but, non lucratif, est le rétablissement et la promotion d'un circuit de course automobile au Nürburgring et la promotion des intérêts collectifs de ses membres, dont certains organisent des manifestations sportives sur ledit circuit », ainsi qu'au fait que les intérêts de la requérante « ont pu être concrètement affectés par l'octroi de l'aide qui, selon la requérante, aurait dû être constatée dans la seconde décision [litigieuse], du fait que la procédure d'appel d'offres n'aurait pas été ouverte, transparente, non discriminatoire et inconditionnelle et n'aurait pas abouti à la vente des actifs du Nürburgring à Capricorn au prix de marché ».

64Toutefois, il ressort du point 88 de cet arrêt que, afin de reconnaître à la requérante la qualité de « partie intéressée », au sens de l'article 1^{er}, sous h), du règlement no 659/1999, le Tribunal s'est en définitive fondé sur le fait qu'il ne pouvait « être exclu que la requérante,

compte tenu de son objet, qui vise précisément au rétablissement et à la promotion d'un circuit de course automobile au Nürburgring, et du fait qu'elle a participé à la première phase de la procédure d'appel d'offres et recueilli, dans ce cadre, un grand nombre d'informations portant sur les actifs du Nürburgring, soit en mesure de présenter à la Commission, dans le cadre de la procédure formelle d'examen prévue à l'article 108, paragraphe 2, TFUE, des observations que celle-ci serait susceptible d'intégrer dans son appréciation du caractère ouvert, transparent, non discriminatoire et inconditionnel de la procédure d'appel d'offres et de la question de savoir si les actifs du Nürburgring ont été cédés, dans ce cadre, au prix de marché ».

65Or, ainsi que M. l'avocat général l'a, en substance, relevé aux points 33 et 34 de ses conclusions, le fait qu'une personne dispose d'informations qui pourraient être pertinentes dans le cadre d'une procédure formelle d'examen d'une aide ne signifie pas que les intérêts d'une telle personne pourraient être affectés par l'octroi de cette aide et que celle-ci risque d'avoir une incidence concrète sur sa situation, au sens de la jurisprudence citée au point 57 du présent arrêt. Partant, la simple détention d'informations pertinentes ne suffit pas pour qualifier cette personne de partie intéressée.

66Il ressort cependant du dossier de première instance, transmis à la Cour conformément à l'article 167, paragraphe 2, du règlement de procédure de la Cour que, devant le Tribunal, la requérante avait, notamment, fait valoir qu'elle est une association qui défend les intérêts de l'ensemble du sport automobile allemand en rapport avec le circuit du Nürburgring, que son objectif central est de garantir l'exploitation de ce circuit dans des conditions économiques orientées sur l'intérêt général assurant l'accès à celui-ci également aux sportifs amateurs et que Capricorn poursuit un concept visant la maximalisation des gains, incompatible avec les objectifs de la requérante.

67Au regard de ces arguments, non contestés par la Commission, il doit être admis que l'octroi allégué d'une aide à Capricorn en lien avec l'acquisition du Nürburgring pourrait affecter les intérêts de la requérante et de ses membres, de telle sorte que celle-ci doit être qualifiée de « partie intéressée », au sens de l'article 1^{er}, sous h), du règlement no 659/1999.

68Partant, il y a lieu de considérer que la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse est recevable.

Sur le troisième moyen

69Par son troisième moyen, la requérante conteste le point 83 de l'arrêt attaqué, dans lequel le Tribunal a considéré qu'elle-même ou l'un ou l'autre de ses membres ne pouvaient pas, pour les mêmes raisons que celles indiquées à l'égard de la première décision litigieuse, être considérés comme étant individuellement concernés par la seconde décision litigieuse.

70Ce moyen vise des motifs de l'arrêt attaqué qui ne constituent pas le soutien nécessaire de son dispositif. En effet, ainsi qu'il ressort du point 93 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a jugé que la requérante était recevable à demander l'annulation de la seconde décision litigieuse et, comme il ressort du point 68 du présent arrêt, il n'y a pas lieu de remettre en cause cette conclusion.

71Partant, il convient de rejeter le troisième moyen comme étant inopérant.

Sur le quatrième moyen

72Le quatrième moyen s'articule en cinq branches. Il y a lieu d'examiner, dans un premier temps, les deuxième, quatrième et cinquième branches de ce moyen.

- Argumentation des parties

73 Par la deuxième branche du quatrième moyen la requérante fait valoir que, aux points 152 à 156 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a dénaturé une lettre de Deutsche Bank AG du 10 mars 2014, qui venait au soutien de l'offre de Capricorn, en considérant qu'il n'apparaissait pas que la Commission aurait dû avoir des doutes quant au caractère contraignant de cette lettre. La requérante rappelle que, devant le Tribunal, elle avait attiré l'attention sur le fait que ladite lettre comportait, à la dernière page, une « remarque importante », dont il ressortait que les termes et les conditions y figurant n'étaient pas censés fonder des obligations juridiquement contraignantes. D'autres passages de la même remarque confirmeraient cette appréciation. Selon la requérante, si le Tribunal n'avait pas dénaturé la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014, il aurait dû constater que cette dernière ne s'estimait pas liée par ladite lettre.

74 Dans le cadre de la quatrième branche du quatrième moyen, la requérante fait valoir que l'affirmation du Tribunal, au point 166 de l'arrêt attaqué, selon laquelle les faits postérieurs au 11 mars 2014 n'étaient pas pertinents pour l'examen de la question de savoir si une aide avait éventuellement été octroyée à Capricorn dans le cadre de la procédure d'appel d'offres témoigne d'une erreur de droit et d'une dénaturation des preuves par le Tribunal et est, en outre, entachée d'une insuffisance de motivation.

75 Selon la requérante, la Commission disposait, lors de l'adoption de la seconde décision litigieuse, d'informations et d'indices détaillés attestant que Capricorn avait bénéficié d'un avantage injustifié, dans le cadre d'une procédure d'appel d'offres non transparente et discriminatoire, qui a conduit à ce que les actifs du Nürburgring lui soient adjugés, malgré son absence de solvabilité. Ces informations auraient dû amener la Commission à ouvrir la procédure formelle d'examen, et ce contrairement à ce que le Tribunal a considéré au point 167 de l'arrêt attaqué, même en l'absence de nouvelle plainte déposée par la requérante.

76 Enfin, la cinquième branche du quatrième moyen vise les points 173 à 176 de l'arrêt attaqué, dans lesquels le Tribunal a rejeté les arguments de la requérante résumés aux points 170 et 171 de cet arrêt. Selon la requérante, le Tribunal s'est limité à résumer son argumentation au point 170 de l'arrêt attaqué, sans l'examiner ni fournir une motivation pour le rejet de celle-ci. Il en irait de même de l'argumentation relative au contrat de bail portant sur les actifs du Nürburgring, évoqué au point 171 de l'arrêt attaqué. Le Tribunal se serait limité à indiquer que le loyer a été payé à une société indépendante des vendeurs et que le prix de vente des actifs du Nürburgring a été réduit du montant des loyers, qui devaient être imputés sur ce prix jusqu'au jour où la vente soit devenue parfaite. Le Tribunal aurait simplement jugé, sans fournir d'explication, que la Commission n'aurait pas dû avoir des doutes à l'égard de l'existence d'un avantage injustifié, ce qui constitue une dénaturation des éléments de preuve avancés par la requérante et témoigne d'une erreur de droit dans l'application de l'article 107 et de l'article 108, paragraphe 3, TFUE.

77 La Commission estime, à titre principal, que la deuxième branche du quatrième moyen est inopérante. Selon elle, les constatations figurant aux points 152, 154 et 155 de l'arrêt attaqué, non contestées par la requérante, suffisent pour étayer les considérations du Tribunal relatives au fait qu'il n'apparaissait pas que la Commission aurait dû avoir des doutes quant au caractère contraignant de la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014, à supposer que, au point 153 de cet arrêt, le Tribunal ait dénaturé les faits.

78 En tout état de cause, la deuxième branche du quatrième moyen serait non fondée. La lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014 utiliserait, à maintes reprises, le terme « engagement ». En réalité, la requérante ne contesterait que l'interprétation de ce terme

par le Tribunal, dans le contexte d'autres déclarations contenues dans la même lettre. Or, cela relèverait de l'appréciation souveraine des faits par le Tribunal, laquelle comprendrait également l'interprétation de contrats conclus en vertu du droit national.

79Pour ce qui est de la quatrième branche du quatrième moyen, la Commission estime qu'elle procède d'une lecture erronée des points 165 à 169 de l'arrêt attaqué. Le Tribunal y aurait apporté une réponse négative à la question de savoir si l'allégation de la requérante, résumée au point 163 de cet arrêt, selon laquelle le 13 août 2014 Capricorn aurait été remplacée par un sous-acquéreur dans le cadre d'une procédure non transparente de revente des actifs du Nürburgring, aurait dû être examinée dans la seconde décision litigieuse. Selon la Commission, cette réponse est correcte, dans la mesure où des circonstances postérieures à la vente des actifs du Nürburgring ne sont pas pertinentes pour l'appréciation de la question de savoir si l'administrateur judiciaire du Nürburgring a, lors de cette vente, agi comme un investisseur en économie de marché. Or, un tel investisseur n'aurait pas pu prendre en considération des faits, tels que ceux allégués par la requérante, qui ne se sont produits qu'après la conclusion de la vente. Quand bien même la Commission aurait disposé, lors de l'adoption de la seconde décision litigieuse, des informations invoquées par la requérante dans son argumentation, celles-ci seraient dépourvues de pertinence pour l'application du principe du vendeur en économie de marché au contrat de vente du 11 mars 2014, conclu entre l'administrateur judiciaire du Nürburgring et Capricorn.

80Enfin, en réponse à la cinquième branche du quatrième moyen, la Commission soutient que l'argumentation de la requérante, résumée aux points 170 et 171 de l'arrêt attaqué, ne remettait pas en cause le respect du critère du vendeur en économie de marché. En particulier, les arguments résumés au point 170 de cet arrêt porteraient sur des événements postérieurs à la conclusion dudit contrat de vente. Il en irait de même de la conclusion d'un contrat de bail, évoquée au point 171 dudit arrêt. Aux points 173 à 174 du même arrêt, le Tribunal aurait fourni une motivation concise mais claire pour justifier le rejet de ces arguments. Il aurait été logique pour le Tribunal de renvoyer aux points 138 à 158 de l'arrêt attaqué, dès lors que le Tribunal y a exposé que le prix de vente des actifs du Nürburgring a été déterminé dans le cadre d'une procédure d'appel d'offres ouverte et transparente et qu'aucun doute n'existait quant au financement de l'offre retenue. Quant à l'argument de la requérante tiré d'une dénaturation des éléments de preuve, il serait impossible de comprendre quelle est la base de cette affirmation, ce d'autant plus que la requérante reconnaît, elle-même, que le Tribunal a correctement résumé son argumentation aux points 170 et 171 de l'arrêt attaqué.

- Appréciation de la Cour

81Il y a lieu de préciser, à titre liminaire, que, contrairement à ce qu'allègue la Commission, la deuxième branche du quatrième moyen vise non seulement le point 153 de l'arrêt attaqué, mais aussi les points 152 et 154 à 156 de cet arrêt. Partant, elle ne saurait être écartée comme étant inopérante.

82Aux fins de l'examen de cette branche, il y a lieu de rappeler que, ainsi qu'il ressort du point 151 de l'arrêt attaqué, il avait été précisé aux investisseurs intéressés par l'acquisition des actifs du Nürburgring qu'ils seraient notamment sélectionnés à la lumière de la probabilité de conclusion de la transaction. L'un des facteurs devant être pris en considération à cet égard était la sécurisation du financement de leur offre, attestée par une confirmation du financement émise par leurs partenaires financiers.

83 Il ressort des considérants 50, 273 et 278 de la décision finale que la Commission a estimé que le financement de l'offre de Capricorn était assuré, dès lors que cette dernière avait produit la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014, laquelle présenterait un caractère contraignant.

84 Aux points 152 à 155 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a vérifié si l'examen effectué par la Commission, rejoignant l'analyse des autorités allemandes, était de nature à écarter la présence de doutes quant au caractère contraignant de cette lettre et il est parvenu à la conclusion, au point 156 de cet arrêt, que tel était effectivement le cas.

85 Il y a lieu, dès lors, d'examiner si, comme le fait valoir la requérante, dans le cadre de cet examen, le Tribunal a dénaturé le contenu de ladite lettre.

86 Il y a lieu de rappeler, à cet égard, qu'une dénaturation des éléments de preuve existe lorsque, sans qu'il soit nécessaire d'avoir recours à de nouveaux éléments de preuve, l'appréciation des éléments de preuve existants apparaît manifestement erronée (arrêts du 18 janvier 2007, PKK et KNK/Conseil, C-229/05 P, ECLI:EU:C:2007:32, point 37, ainsi que du 18 juillet 2007, Industrias Químicas del Vallés/Commission, C-326/05 P, ECLI:EU:C:2007:443, point 60).

87 En l'espèce, il ressort de la lecture de la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014, telle qu'elle a été produite par la Commission devant le Tribunal et figure au dossier de première instance, que celle-ci comporte, à la première page, une indication claire selon laquelle l'« engagement » contenu dans cette lettre est soumis aux conditions exposées, notamment, dans la « feuille de conditions » annexée à ladite lettre en tant qu'annexe A.

88 Or, comme le fait valoir à juste titre la requérante, cette annexe comporte, à la fin, une « remarque importante », laquelle indique, notamment, que « cette feuille de conditions sert uniquement à des fins de discussion et n'est pas censée créer des obligations juridiquement contraignantes entre nous [...] Par conséquent nous n'acceptons pas de responsabilité pour toute perte directe, consécutive ou autre résultant du fait de s'être basé sur cette [même] lettre ».

89 Il ressort de manière manifeste de ces indications que la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014 ne créait pas d'obligation de financement contraignante à la charge de la banque qui l'a émise et au profit de Capricorn.

90 Cette conclusion est, au demeurant, confirmée par l'indication figurant au paragraphe 9 de la page 5 de cette lettre, intitulé « Droit applicable et compétence », lequel se réfère à « toute obligation non contractuelle éventuelle » découlant de ladite lettre, sans évoquer des obligations contractuelles, précisément parce que cette même lettre n'était pas censée créer de telles obligations.

91 Il importe peu, à cet égard, que, comme le Tribunal l'a relevé aux points 152 et 153 de l'arrêt attaqué, la même lettre indique que Deutsche Bank est « disposée à consentir » à Capricorn un prêt de 45 millions d'euros et qu'elle se réfère, à plusieurs reprises, à l'« engagement » pris par Deutsche Bank à l'égard de Capricorn, dans la mesure où il ressort clairement des indications rappelées au point 88 du présent arrêt que cet « engagement » ne créait pas d'obligations juridiquement contraignantes de financement, pas plus que les lettres antérieures de Deutsche Bank évoquées par le Tribunal au point 154 de l'arrêt attaqué. Le fait que l'absence de caractère contraignant de la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014 a été évoquée en des termes différents de ceux des dernières lettres ne remet pas en cause cette conclusion.

92 Il s'ensuit que, comme le fait valoir la requérante par la deuxième branche du quatrième moyen, le Tribunal a dénaturé le contenu de la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014 et que, partant, cette branche est fondée.

93 Dans le cadre de la quatrième branche du quatrième moyen, la requérante reproche au Tribunal, en substance, d'avoir commis une erreur de droit en écartant, au point 166 de l'arrêt attaqué, ses arguments résumés aux points 162 et 163 de cet arrêt.

94 Ainsi que M. l'avocat général l'a relevé au point 108 de ses conclusions, devant le Tribunal, la requérante a, en substance, fait valoir que, après la conclusion, le 11 mars 2014, de la vente des actifs du Nürburgring à Capricorn, cette dernière et les vendeurs avaient conclu un accord de garantie pour le paiement des tranches du prix de vente, lequel prévoyait la possibilité, en cas de défaut de paiement réitéré de la deuxième tranche du prix de vente, de devoir revendre ces actifs, ce qui s'était effectivement produit.

95 Au point 166 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a rappelé que l'aide qui, selon la requérante, aurait dû être constatée par la Commission dans la seconde décision litigieuse, aurait été accordée à Capricorn le 11 mars 2014, date de la vente desdits actifs à cette dernière à un prix prétendument inférieur au prix du marché. Le Tribunal en a déduit que les faits postérieurs à cette date n'étaient pas pertinents pour l'examen de la question de savoir si une aide avait éventuellement été octroyée à Capricorn dans le cadre de la procédure d'appel d'offres. Il a ajouté, au point 167 de l'arrêt attaqué, que, si la requérante souhaitait que la Commission examine également l'existence d'une aide nouvelle, résultant de la poursuite alléguée du processus de vente, elle aurait dû déposer une nouvelle plainte à ce sujet.

96 À cet égard, il est exact que, s'il devait être considéré que Capricorn s'était vu octroyer une aide correspondant à la différence entre le prix de marché des actifs du Nürburgring et le prix d'acquisition de ceux-ci par Capricorn, dans le cadre d'une procédure d'appel d'offres qui ne répondrait pas aux exigences d'ouverture, de transparence, d'inconditionnalité et de caractère non discriminatoire, une telle aide aurait nécessairement été octroyée le 11 mars 2014, date d'attribution de ces actifs à Capricorn et de la signature du contrat de vente les concernant.

97 Toutefois, contrairement à ce qu'a estimé le Tribunal au point 166 de l'arrêt attaqué, cela ne signifie pas que des faits postérieurs à cette date étaient par définition dépourvus de toute pertinence pour l'appréciation de la question de savoir si une telle aide avait effectivement été octroyée.

98 Il importe, en effet, de rappeler que la légalité d'une décision en matière d'aides d'État doit être appréciée en fonction des éléments d'information dont la Commission pouvait disposer au moment de son adoption (voir, en ce sens, arrêt du 20 septembre 2017, Commission/Frucona Košice, C-300/16 P, [ECLI:EU:C:2017:706](#), point 70 ainsi que jurisprudence citée). Comme M. l'avocat général l'a relevé, en substance, aux points 102 et 103 de ses conclusions, la phase préliminaire de la procédure d'examen en matière d'aides d'État prend fin au moment de l'adoption, par la Commission, de l'une des décisions prévues à l'article 4 du règlement no 659/1999, si bien qu'il ne saurait être exclu que des éléments d'analyse nouveaux puissent apparaître après la fin de la procédure d'appel d'offres, mais avant l'adoption de la décision de la Commission y afférente.

99 En particulier, ainsi qu'il ressort des points 82 et 83 du présent arrêt, le fait que le financement de l'offre de Capricorn était assuré était à tout le moins l'un des facteurs ayant justifié l'attribution des actifs du Nürburgring à celle-ci.

100Or, les faits allégués par la requérante, tels que résumés au point 94 du présent arrêt, bien que postérieurs à l'attribution des actifs du Nürburgring à Capricorn, s'ils étaient avérés, seraient susceptibles de jeter un doute sur le bien-fondé de la conclusion des responsables de la procédure d'appel d'offres, selon laquelle le financement de l'offre de Capricorn était assuré et, partant, sur le caractère transparent et non discriminatoire de cette procédure, étant rappelé que, ainsi qu'il ressort du point 157 de l'arrêt attaqué, une autre offre a été écartée pour absence de preuve de financement.

101En effet, la question se pose de savoir pourquoi, si Capricorn disposait d'un financement assuré de son offre, elle a dû renégocier le paiement du prix de vente par tranches et, en définitive, n'a pas pu payer la deuxième tranche, ce qui a conduit à la revente des actifs du Nürburgring.

102Il s'ensuit que, en écartant la pertinence des faits allégués par la requérante et résumés au point 94 du présent arrêt au seul motif qu'ils étaient postérieurs à la vente des actifs du Nürburgring à Capricorn, le Tribunal a commis une erreur de droit. Partant, la quatrième branche du quatrième moyen est fondée.

103Enfin, par la cinquième branche du quatrième moyen, la requérante fait valoir, en substance, que le rejet, par le Tribunal, aux points 173 à 176 de l'arrêt attaqué, de ses arguments résumés aux points 170 et 171 de cet arrêt est entaché d'un défaut ou d'une insuffisance de motivation.

104Il y a lieu de relever, à cet égard, que, au point 170 de l'arrêt attaqué, le Tribunal a résumé quatre arguments avancés par la requérante dans le cadre de la troisième branche du troisième moyen de son recours. Selon le Tribunal, ces arguments tendaient à démontrer que tant le prix d'achat des actifs du Nürburgring par Capricorn que les modalités de paiement de ce prix contenaient des éléments d'aide, étant donné que, premièrement, 6 millions d'euros issus de l'excédent brut d'exploitation du gestionnaire du Nürburgring devaient être imputés sur le prix de vente, alors que ce gestionnaire avait indiqué au cours de l'année 2013 que ses espérances de gains sur les actifs du Nürburgring étaient nulles, deuxièmement, le paiement de la deuxième tranche du prix de vente a été reporté, troisièmement, la pénalité de 25 millions d'euros qui était prévue dans le contrat d'achat en cas de défaut de paiement n'avait pas été recouvrée et, quatrièmement, un sous-acquéreur s'était vu céder les actifs du Nürburgring dans le cadre d'une procédure non transparente.

105Au point 171 de cet arrêt, le Tribunal a résumé un argument additionnel avancé par la requérante dans le même contexte, selon lequel le contrat par lequel les actifs du Nürburgring ont été donnés à bail à Capricorn pour une période courant à partir du 1^{er} janvier 2015, en vue d'aménager une situation transitoire correspondant à la réalisation éventuelle de la condition dont la vente des actifs du Nürburgring à Capricorn était assortie, à savoir l'adoption par la Commission d'une décision écartant tout risque que l'acquéreur desdits actifs puisse être tenu de rembourser les aides aux vendeurs, n'avait pas été lui-même soumis à une procédure d'appel d'offres ouverte, transparente, non discriminatoire et inconditionnelle, de sorte que les loyers de ce bail ne correspondraient pas à un prix de marché et contiendraient de nouveaux éléments d'aide. Il aurait été convenu entre les vendeurs et Capricorn que les loyers dudit bail jusqu'au jour où la vente fût devenue parfaite s'imputeraient sur le prix de vente des actifs du Nürburgring.

106En réponse à ces arguments, le Tribunal s'est contenté de relever, au point 173 de l'arrêt attaqué, que « [p]our les raisons exposées aux points 138 à 158 [de cet arrêt], il n'y a pas lieu de considérer que la Commission aurait dû avoir des doutes quant au caractère

transparent et non discriminatoire de la procédure d'appel d'offres ». Il a ajouté, au point 174 dudit arrêt, qu'il résultait également de ces mêmes raisons que « l'examen effectué par la Commission ayant mené à l'adoption de la seconde décision [litigieuse] était de nature à écarter la présence de doutes quant à l'existence d'un avantage conféré à l'acquéreur dans le cadre du contrat de bail portant sur les actifs du Nürburgring ou des autres modalités de paiement du prix de vente desdits actifs ».

107Or, ainsi que M. l'avocat général l'a relevé au point 115 de ses conclusions, contrairement à ce qu'exige la jurisprudence citée au point 36 du présent arrêt, une telle motivation ne répond pas, fût-ce implicitement, aux arguments de la requérante résumés aux points 170 et 171 de l'arrêt attaqué et ne permet pas de comprendre le raisonnement suivi par le Tribunal, de manière à permettre aux intéressés de connaître les justifications de la décision prise et à la Cour d'exercer son contrôle juridictionnel.

108En effet, les motifs exposés aux points 138 à 158 de l'arrêt attaqué, auxquels le Tribunal a renvoyé au point 173 de cet arrêt, concernent, d'une part, le caractère non transparent et discriminatoire de la procédure d'appel d'offres au regard, en particulier, de l'absence de transparence des données financières, de l'absence de transparence et du caractère discriminatoire des critères d'évaluation et de leur application ainsi que de la poursuite du processus de vente après la cession des actifs du Nürburgring à Capricorn et, d'autre part, la question du financement de l'offre de cette dernière. Ils ne permettent pas, dès lors, de comprendre pourquoi les arguments de la requérante résumés aux points 170 et 171 dudit arrêt ont été écartés.

109Partant, il y a lieu de conclure que l'arrêt attaqué est entaché d'un défaut de motivation, s'agissant du rejet par le Tribunal de ces arguments. Il s'ensuit que la cinquième branche du quatrième moyen est fondée.

110Dans ces conditions, sans qu'il soit nécessaire d'examiner les première et troisième branches du quatrième moyen, pas plus que le cinquième moyen, il y a lieu d'accueillir le pourvoi et d'annuler l'arrêt attaqué, en ce que, par celui-ci, le Tribunal a rejeté la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse.

Sur le recours devant le Tribunal

111Conformément à l'article 61, premier alinéa, deuxième phrase, du statut de la Cour de justice de l'Union européenne, la Cour peut, en cas d'annulation de la décision du Tribunal, statuer elle-même définitivement sur le litige, lorsque celui-ci est en état d'être jugé.

112En l'espèce, au vu, notamment, de la circonstance que le recours en annulation introduit par la requérante dans l'affaire T-373/15 est fondé sur des moyens ayant fait l'objet d'un débat contradictoire devant le Tribunal et dont l'examen ne nécessite d'adopter aucune mesure supplémentaire d'organisation de la procédure ou d'instruction du dossier, la Cour estime que ce recours est en état d'être jugé et qu'il y a lieu de statuer définitivement sur celui-ci (voir, par analogie, arrêt du 8 septembre 2020, Commission et Conseil/Carreras Sequeros e.a., C-119/19 P et C-126/19 P, ECLI:EU:C:2020:676, point 130), dans la limite du litige dont elle reste saisie, à savoir la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse (voir, en ce sens, arrêt du 1^{er} juillet 2008, Chronopost et La Poste/UFEX e.a., C-341/06 P et C-342/06 P, ECLI:EU:C:2008:375, point 134).

113Il y a lieu de rappeler que la seconde décision litigieuse est une décision de ne pas soulever d'objections fondée sur l'article 4, paragraphe 3, du règlement no 659/1999, dont

la légalité dépend du point de savoir s'il existe des doutes quant à la compatibilité de l'aide en cause avec le marché intérieur.

114 Dès lors que de tels doutes doivent donner lieu à l'ouverture d'une procédure formelle d'examen à laquelle peuvent participer les parties intéressées visées à l'article 1^{er}, sous h), du règlement no 659/1999, il doit être considéré que toute partie intéressée au sens de cette dernière disposition est directement et individuellement concernée par une telle décision. En effet, les bénéficiaires des garanties de procédure prévues à l'article 108, paragraphe 2, TFUE et à l'article 6, paragraphe 1, du règlement no 659/1999 ne peuvent en obtenir le respect que s'ils ont la possibilité de contester la décision de ne pas soulever d'objections devant le juge de l'Union (arrêt du 24 mai 2011, Commission/Kronoply et Kronotex, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, point 47 ainsi que jurisprudence citée).

115 À cet égard, il y a lieu de relever qu'il n'appartient certes pas au juge de l'Union d'interpréter le recours d'un requérant mettant en cause exclusivement le bien-fondé d'une décision d'appréciation de l'aide en tant que telle comme visant en réalité à sauvegarder les droits procéduraux que le requérant tire de l'article 108, paragraphe 2, TFUE lorsque celui-ci n'a pas expressément formé de moyen poursuivant cette fin, sous peine de transformer l'objet de ce recours (voir, en ce sens, arrêt du 24 mai 2011, Commission/Kronoply et Kronotex, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, point 55). Toutefois, lorsqu'un requérant demande l'annulation d'une décision de ne pas soulever d'objections, il conteste essentiellement le fait que la décision prise par la Commission à l'égard de l'aide en cause a été adoptée sans que cette institution ouvre la procédure formelle d'examen visée à l'article 108, paragraphe 2, TFUE, en violation de ses droits procéduraux, alors que l'existence de doutes sur la compatibilité de cette aide avec le marché intérieur l'y obligeait. Afin qu'il soit fait droit à sa demande d'annulation, le requérant peut donc invoquer tout moyen de nature à démontrer que l'appréciation des informations et des éléments dont la Commission disposait, lors de la phase préliminaire d'examen, aurait dû susciter de tels doutes, sans que l'utilisation de ces arguments transforme l'objet du recours. Il en résulte que le juge de l'Union peut examiner des arguments de fond avancés par un requérant afin de vérifier s'ils apportent aussi des éléments à l'appui d'un moyen, également soulevé par ce requérant, soutenant expressément l'existence de doutes qui auraient justifié l'ouverture de la procédure formelle d'examen (voir, en ce sens, arrêt du 24 mai 2011, Commission/Kronoply et Kronotex, C-83/09 P, ECLI:EU:C:2011:341, points 56 et 59).

116 En l'espèce, la qualité de « partie intéressée » de la requérante, au sens de l'article 1^{er}, sous h), du règlement no 659/1999, a déjà été reconnue au point 67 du présent arrêt. Celle-ci a invoqué, à l'appui de son recours, neuf moyens. À l'exception du septième moyen, invoqué au soutien de la demande d'annulation de la première décision litigieuse, les autres moyens sont invoqués à l'appui de la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse.

117 Les cinquième et huitième moyens sont explicitement tirés de la violation des droits procéduraux de la requérante, en ce que la Commission s'est abstenue d'ouvrir la procédure formelle d'examen prévue à l'article 108, paragraphe 2, TFUE, en dépit du fait que la vente des actifs du Nürburgring à un prix inférieur à leur prix de marché aurait dû la conduire à considérer qu'une aide avait été octroyée à l'acquéreur.

118 Afin de se prononcer sur ces moyens, conformément à la jurisprudence citée au point 115 du présent arrêt, il convient d'examiner, dans un premier temps et de manière conjointe, les première et troisième branches du premier moyen ainsi que le deuxième moyen, tirés,

en substance, d'une appréciation erronée par la Commission de la confirmation du financement de l'offre de Capricorn.

Argumentation des parties

119Par les première et troisième branches de son premier moyen ainsi que par son deuxième moyen, la requérante fait valoir que la constatation de la Commission, figurant aux considérants 50, 51, 266, 271 et 273 de la décision finale, selon laquelle Capricorn avait produit un engagement financier de Deutsche Bank concernant un prêt de 45 millions d'euros est manifestement erronée, dans la mesure où il ressort des termes de la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014 que celle-ci n'était pas contraignante.

120Elle ajoute que la note 79 en bas de page de la décision finale démontre que la Commission avait connaissance de l'accord, mentionné au point 94 du présent arrêt, conclu le 13 août 2014 entre l'administrateur judiciaire du Nürburgring, les vendeurs et Capricorn, et prévoyant, notamment, le report de paiement de la deuxième tranche du prix de vente par Capricorn. Or, cet accord démontrerait l'absence de confirmation de financement de l'offre de Capricorn.

121La Commission conteste ces arguments. Elle se réfère aux termes de la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014, qui fait notamment état, à plusieurs reprises d'un « engagement » de la part de Deutsche Bank et estime, dès lors, qu'elle n'a pas commis d'erreur manifeste d'appréciation de cette lettre.

122S'agissant de l'accord du 13 août 2014, elle précise que, lors de l'adoption de la décision finale, elle n'était pas en possession du texte de cet accord, lequel ne lui aurait pas été transmis dans le cadre de la procédure administrative. Les informations figurant à la note 79 en bas de page de la décision finale proviendraient d'une communication de la République fédérale d'Allemagne. En tout état de cause, elle souligne qu'elle n'a pas fondé la seconde décision litigieuse sur le fait que la preuve du financement fournie par Deutsche Bank existait encore à l'époque de l'adoption de cette décision.

Appréciation de la Cour

123Il convient de relever que, pour écarter l'existence d'une aide illégale octroyée à Capricorn lors de l'acquisition, par celle-ci, des actifs du Nürburgring, la Commission devait s'assurer que cette acquisition a été effectuée à un prix correspondant au prix de marché, ce qui serait le cas s'il pouvait être confirmé que la procédure d'appel d'offres a été ouverte, transparente, non discriminatoire et inconditionnelle.

124Ainsi qu'il a déjà été relevé au point 82 du présent arrêt, l'un des facteurs pris en considération aux fins de la sélection de l'acquéreur des actifs du Nürburgring était la confirmation du financement de son offre.

125En effet, il ressort du considérant 116 de la décision finale qu'un autre soumissionnaire, lequel a déposé une plainte devant la Commission, avait proposé dans le cadre de la procédure d'appel d'offres un prix d'achat de l'ensemble des actifs du Nürburgring supérieur à celui proposé par Capricorn. Or, il ressort du considérant 272 de la décision finale que cette offre a été écartée pour absence de preuve de financement.

126Selon le considérant 273 de la décision finale, seules deux offres ont été considérées comme disposant d'un financement assuré, à savoir l'offre de Capricorn et celle d'un autre soumissionnaire. Toutefois, dans la mesure où tant le montant du financement assuré dont disposait cet autre soumissionnaire que le prix de vente qu'il proposait étaient inférieurs à ceux de Capricorn, l'offre de cette dernière a finalement été retenue.

127Il s'ensuit que, s'il devait s'avérer qu'il avait été considéré à tort que Capricorn disposait d'un financement confirmé pour son offre, alors que, en réalité, tel n'était pas le cas, cette circonstance serait de nature à remettre en cause, notamment, le caractère non discriminatoire de la procédure d'appel d'offres, dans la mesure où elle serait susceptible de démontrer que Capricorn avait bénéficié d'un traitement préférentiel et n'a pas vu son offre écartée, à la différence d'au moins un autre soumissionnaire qui n'a pas pu fournir la preuve d'un financement confirmé de son offre.

128Partant, en présence de doutes quant au caractère confirmé du financement de l'offre de Capricorn qui n'auraient pas pu être dissipés, la Commission était tenue d'ouvrir la procédure formelle d'examen et ne pouvait pas adopter une décision de ne pas soulever d'objections, telle que la seconde décision litigieuse.

129Force est de constater que les éléments invoqués par la requérante démontrent l'existence de tels doutes.

130D'une part, pour les motifs exposés aux points 87 à 91 du présent arrêt, la Commission ne pouvait pas considérer que la lettre de Deutsche Bank du 10 mars 2014 contenait un engagement de financement contraignant.

131D'autre part, comme le fait valoir la requérante, il ressort de la note 79 en bas de page de la décision finale que la deuxième tranche du prix de vente n'a pas été payée par Capricorn dans le délai imparti et que, par un accord conclu le 13 août 2014 entre l'administrateur judiciaire du Nürburgring, les vendeurs et Capricorn, le paiement de cette tranche a été reporté à une date ultérieure, en contrepartie du paiement d'intérêts de retard par Capricorn et de la fourniture de garanties complémentaires. Or, si le financement de l'offre de Capricorn était effectivement assuré, cette dernière aurait logiquement été en mesure de payer la deuxième tranche du prix de vente dans le délai imparti et n'aurait pas dû négocier le report de son paiement.

132Partant, sans qu'il soit besoin d'examiner le reste de l'argumentation avancée par la requérante à l'appui de son recours, pour autant que celui-ci vise l'annulation de la seconde décision litigieuse, il y a lieu de conclure que l'appréciation de la question de savoir si la vente des actifs du Nürburgring à Capricorn impliquait l'octroi, à cette dernière, d'une aide incompatible avec le marché intérieur soulevait des doutes, au sens de l'article 4 du règlement no 659/1999, lesquels auraient dû conduire la Commission à ouvrir la procédure visée à l'article 108, paragraphe 2, TFUE.

133Dès lors, il y a lieu de faire droit au recours et d'annuler la seconde décision litigieuse.

Sur les dépens

134Aux termes de l'article 184, paragraphe 2, du règlement de procédure, lorsque le pourvoi n'est pas fondé ou lorsque le pourvoi est fondé et que la Cour juge elle-même définitivement le litige, elle statue sur les dépens.

135Selon l'article 138, paragraphe 3, première phrase, du règlement de procédure, applicable à la procédure de pourvoi en vertu de l'article 184, paragraphe 1, de celui-ci, si les parties succombent respectivement sur un ou plusieurs chefs, chaque partie supporte ses propres dépens.

136En l'espèce, il y a lieu de faire application de cette dernière disposition, dans la mesure où le pourvoi est rejeté en ce qu'il vise l'arrêt attaqué en tant que, par celui-ci, le Tribunal a rejeté la demande d'annulation de la première décision litigieuse, mais qu'il est accueilli en

ce qu'il vise cet arrêt en tant que, par celui-ci, le Tribunal a rejeté la demande d'annulation de la seconde décision litigieuse, et que la Cour annule cette décision.

137 Par conséquent, il y a lieu d'ordonner que chaque partie supportera ses propres dépens.

Par ces motifs, la Cour (quatrième chambre) déclare et arrête :

1) L'arrêt du Tribunal de l'Union européenne du 19 juin 2019, *Ja zum Nürburgring/Commission* (T-373/15, [ECLI:EU:T:2019:432](#)), est annulé, en tant que, par celui-ci, le Tribunal de l'Union européenne a rejeté la demande d'annulation de l'article 1^{er}, dernier tiret, de la décision (UE) 2016/151 de la Commission, du 1^{er} octobre 2014, relative à l'aide d'État SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) mise à exécution par l'Allemagne en faveur du Nürburgring.

2) Le pourvoi est rejeté pour le surplus.

3) L'article 1^{er}, dernier tiret, de la décision (UE) 2016/151 de la Commission, du 1^{er} octobre 2014, relative à l'aide d'État SA.31550 (2012/C) (ex 2012/NN) mise à exécution par l'Allemagne en faveur du Nürburgring, est annulé.

4) *Ja zum Nürburgring eV* et la Commission européenne supportent leurs propres dépens.

Signatures

* Verfahrenssprache: Deutsch.

* Langue de procédure : l'allemand.

Zitiervorschlag:

EuGH Urt. v. 2.9.2021 – C-647/19 P, BeckRS 2021, 24366